Nr. 38. ✦ 27. Jahrgang

Berlin, 20. September 1919

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1,60 Mk. Arbeitervermittlungen 75 Pf. Verbandsanzeigen 50 Pf.

Vor dem Hafen gescheitert!

Der Arbeitgeber-Schutzverband hat den Reichstarif abgelehnt! Von dieser Tatsache wurde unser Verbandsvorstand durch das folgende Schreiben unterrichtet:

Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe.

Berlin, den 11. September 1919.

An den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin SO. 16.

Durch Gegenwärtiges teilen wir Ihnen mit, daß in der zu gestern, Mittwoch, dem 10. d. M., einberufenen außerordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes der von den beiderseitigen Verhandlungskommissionen vereinbarte Reichstarifvertragsentwurf mit erheblicher Stimmenmehrheit abgelehnt wurde.

Dagegen fand der in der Anlage abschriftlich angefügte Antrag Frankfurt a. M. mit Stimmenmehrheit Annahme.

Wir ersuchen Sie, uns umgehend wissen zu lassen, ob Sie den von unserer Generalversammlung gefaßten Beschluß Ihre Zustimmung geben, und zeichnen

hochachtungsvoll

Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe.

gez.: Th. Schwenke.

Antrag des Gaues Frankfurt a. M.

Der Gau Frankfurt a. M. ist bereit, den Reichstarifvertrag für das Holzgewerbe trotz der schweren Bedingungen anzunehmen, wenn Abschnitt XI und XII ausgeschaltet werden, da für Arbeiterausschüsse bzw. Betriebsräte nur die Bestimmungen des Reichsgesetzes maßgebend sein können.

Das Lehrlingswesen ist durch die R.-G.-O. und die Bestimmungen der Handwerkskammern geregelt. Anerkannte Instanzen zur Regelung von Streitfragen sind vorhanden, so daß keine Veranlassung besteht, Ausbildung und Entschädigung der Lehrlinge nochmals tariflich zu regeln.

Frankfurt a. M., den 8. September 1919.

(Unterschriften.)

Man hat mit dem Arbeitgeber-Schutzverband im Laufe der Zeit schon mancherlei Erfahrungen gemacht. Wir wissen, daß die Beschlüsse seiner Generalversammlungen sich nicht immer durch Konsequenz und Weitblick auszeichnen. Aber daß die Generalversammlung den Vorstand und die Verhandlungskommission des Arbeitgeber-Schutzverbandes so völlig im Stich lassen, daß sie einen Beschluß fassen würde, der die seitherigen Vertrauensmänner der Organisation vor der Oeffentlichkeit so völlig bloßstellt und sie unmöglich macht, das hätten wir doch nicht für möglich gehalten.

Der in diesem Stadium gefaßte Beschluß der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes zeugt von einem so geringen Maß von Einsicht, wie wir es selbst dieser Körperschaft nicht zugetraut hätten. Es ist die Bankrotterklärung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der damit aufhört, eine verhandlungsfähige Organisation zu sein. Werden sich noch Leute finden, die den Mut aufbringen, im Namen des Arbeitgeber-Schutzverbandes Verhandlungen zu führen? Und wenn es der Fall ist, wer soll denn mit ihnen ernsthaft verhandeln?

Gewiß ist es das gute Recht der Mitglieder, Vereinbarungen, die von ihren Beauftragten getroffen wurden, abzulehnen; es kommt aber darauf an, unter welchen Verhältnissen und in welcher Weise von diesem Recht Gebrauch gemacht wird. Nun vergegenwärtige man sich den Gang der Dinge. Bereits im März haben die Verhandlungen begonnen. Wir wollen auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, aber keiner, der die Dinge kennt, wird bestreiten wollen, daß die vom Arbeitgeber-Schutzverband geübte Taktik, die darauf abzielte, den Abschluß zu verzögern und hinauszuschieben, ein wahres Trauerspiel war.

Die Verhandlungen waren gescheitert. Da wird eine neue Anknüpfung gesucht. Im Reichsarbeitsministerium treffen die Beauftragten der Parteien zusammen. Dort wird vereinbart, daß in unmittelbarem Anschluß an die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, die auf den 7. Juli nach Würzburg einberufen war, weiterverhandelt werden soll. Wir sind auf den Vorschlag eingegangen in der Annahme, daß die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes von ihrer Generalversammlung ausreichende Vollmachten mitbringen würden, um abzuschließen. Statt dessen betrachteten sie die Verhandlungen in Nürnberg als Farce. Ehe über die anderen Fragen eine Verständigung erzielt werden könne, so erklärten sie, müsse in der Arbeitszeit Klarheit herrschen. Diese könne aber nur gewonnen werden durch einen Schiedsspruch, der vom Reichsarbeitsministerium zu fällen sei.

Man ging also nach Berlin. Das vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsgericht trat am 21. Juli zusammen und fällte seinen Spruch. Die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes lehnten den von ihnen geforderten Schiedsspruch ab, weil er ihnen nicht gefiel. Die Verhandlungen über den Reichstarif waren damit zunächst endgültig gescheitert.

Eine Möglichkeit, von neuem anzuknüpfen, bot der Zusammentritt des Tarifamts. Den Vertretern der Unternehmer muß zugestanden werden, daß sie sich hier redlich mühten, eine Formel zu finden, welche zunächst nur den erneuten Zusammentritt der Verhandlungskommission ermöglichte. Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten ist es gelungen. Es wurde wieder verhandelt und man kam damit vorwärts.

Der Druck von außen hat dabei allerdings nicht wenig mitgewirkt. Nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen bestand für unsere Kollegen im Reich die Möglichkeit, durch örtliche Abmachungen das zu erringen, was im Reichstarifvertrag gefordert wurde. Eine starke Streikbewegung setzte ein, und sie tat ihre Wirkung. In zahlreichen Orten wurden Vereinbarungen und verschiedentlich wurden Tarifverträge für ganze Bezirke abgeschlossen. Wenn der Abschluß einer zentralen Regelung für das ganze Reich nicht ganz unmöglich gemacht werden sollte, dann mußte jetzt energisch gehandelt werden.

Es hat große Mühe gekostet, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken; man kam Schritt für Schritt vorwärts, aber schließlich blieben doch noch einige Punkte, über die man sich nicht verständigen konnte. Sollte daran das endlich soweit gediehene Vertragswerk scheitern? Auf beiden Seiten war der Wille vorhanden, nun zu Ende zu kommen. Auf beiden Seiten wußte man aber auch, daß der fertige Vertrag von den Auftraggebern, den Vertretern der örtlichen Mitgliedschaften, einer scharfen Prüfung unterworfen werden würde. Die Zugeständnisse von beiden Seiten mußten also eine bestimmte Grenze einhalten, um die schließliche Annahme des Vertrages nicht zu gefährden.

Ueber die entscheidenden Punkte des Vertrages hatten sich die Parteivertreter unmittelbar verständigt. Was übrigblieb, waren zwar durchaus nicht gleichgültige Fragen, aber auch wiederum nicht solche von überragender Bedeutung. So einigte man sich, die Entscheidung einem Unparteiischen zu übertragen. Das Tarifamt sollte unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch zusammentreten, und sein Spruch sollte endgültig sein. Von beiden Seiten wurde erklärt, daß die Entscheidung des Tarifamts im voraus anerkannt werde.

Eine Episode aus der Schlußsitzung der Verhandlungskommission verdient festgehalten zu werden. Die Punkte, über welche die Entscheidung des Unparteiischen herbeigeführt werden sollte, waren festgestellt, und es war vereinbart worden, daß diese Entscheidung bindend sein soll. Da stellte der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Frage, wie es nun mit den schwebenden Streiks würde. Auf Befragen erklärte Herr Konietzny unter lebhafter Zustimmung der übrigen Arbeitgebervertreter, daß er glaube die Garantie übernehmen zu können, daß die Generalversammlung dem Reichstarifvertrag die Zustimmung geben würde. Da auch unsere Vertreter der Meinung waren, daß unsere Städtevertreter den Vertrag annehmen würden, konnte die Vereinbarung getroffen werden, daß nunmehr alle schwebenden Streiks und Aussperrungen aufgehoben werden.

Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß Herr Konietzny und seine Kollegen vom Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes ihre Erklärung mit voller Aufrichtigkeit und im Bewußtsein ihrer Verantwortung abgegeben haben. Deshalb nehmen wir auch an, daß sie sich Mühe gegeben haben, die Generalversammlung zur Annahme des Reichstarifs zu bewegen. Aber sie sind von den Mitgliedern desavouiert und im Stich gelassen worden. Damit haben sie vor der Oeffentlichkeit das Odium auf sich geladen, den Beschluß zur Aufhebung der Streiks, an dem natürlich den Arbeitgebern sehr viel gelegen war, erschlichen zu haben. Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat ihren Vorstand in eine unhaltbare Situation gebracht.

Der Reichstarifvertrag ist in der Fassung, die er bei den Verhandlungen erhalten hat, auch für uns nichts weniger als ideal. Um das Werk überhaupt zustande zu bringen, sind unsere Vertreter mit ihren Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was sie glaubten vor den Mitgliedern unseres Verbandes vertreten zu können. Die Städtekonferenz hat auch gezeigt, daß unsere Kollegen von dem Inhalt des Tarifvertrages keineswegs begeistert waren; der Kritik, die geübt wurde, kann die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Unsere Verbandsleitung ist aber pflichtgemäß für die Annahme eingetreten, auch für die Annahme der Punkte, die uns weniger gefallen. In diesem Stadium konnte es sich eben nur um die Annahme oder Ablehnung im ganzen handeln. Das haben auch unsere Kollegen begriffen, und so erfolgte die Zustimmung auf der Städtekonferenz gegen 7 Stimmen.

Wenn man nicht annehmen will, daß es Unehrlichkeit und Bosheit war, wovon sich die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes leiten ließ, dann muß man sagen, daß sie mit einer unglaublichen Naivität an ihre Aufgabe herangetreten ist. Die Geduld der Arbeiter ist doch bei diesen Verhandlungen auf eine äußerst harte Probe gestellt worden. Und da glauben Männer, die den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden, daß sich unser Verband bei diesem Stand der Dinge noch einmal auf Verhandlungen über Einzelheiten des Vertrages einlassen könnte. Schlimm genug, daß ein solcher Gedanke überhaupt auftauchen konnte; daß er die Zustimmung der Mehrheit fand, ist ein Beweis für den geistigen Tiefstand der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Und mit solchen Leuten soll man ein für die Zukunft des Gewerbes so bedeutungsvolles Werk wie den Abschluß des Reichstarifs zustande bringen. Wir müssen gestehen, daß wir den Arbeitgeber-Schutzverband bisher überschätzt haben. Sein Mangel an Großzügigkeit ist überwältigend.

Eine Würdigung der sachlichen Bedeutung der vom Arbeitgeber-Schutzverband verlangten Aenderung des Vertrages können wir uns ersparen. Das elementarste Gebot der Selbstachtung verpflichtet unsern Verband, diese Zumutung rundweg abzulehnen. Dieser Beschluß, den unser Verbandsvorstand sofort dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes zur Kenntnis gebracht hat, wird zweifellos die volle Zustimmung aller unserer Verbandsmitglieder finden. Die Arbeitgeber wollen den Reichstarif nicht, sie lehnen die friedliche Verständigung zur Herbeiführung und zum planmäßigen Ausbau der Zustände im deutschen Holzgewerbe ab. Nun gut, sie sollen ihren Willen haben. Wir müssen unsere Hoffnung, mit dem Arbeitgeber-Schutzverband einen Reichstarif abzuschließen, aufgeben; das bedeutet aber keineswegs, daß wir den Plan des Reichstarifs überhaupt fallenlassen.

Zunächst wird es sich für unsere Kollegen darum handeln, dem Inhalt des Reichstarifs Geltung zu verschaffen. War eine zentrale Verständigung nicht möglich, dann muß diese Verständigung örtlich oder mit den einzelnen Unternehmern gesucht werden. Für uns gilt, auch ohne die Unterschrift des Zentralvorstandes des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der Inhalt des Reichstarifvertrages. Die Schwierigkeit der Aufgabe, die unser Verband jetzt zu erfüllen hat, darf nicht unterschätzt werden, aber sie wird gelingen, wenn alle Mitglieder von der Größe der zu lösenden Aufgabe durchdrungen sind, wenn sich jeder einzelne willig in das Ganze einfügt und das Wohl der Gesamtheit als Richtschnur für sein Handeln nimmt.

Als die Verhandlungen nach der Ablehnung des Schiedsspruches über die Arbeitszeit durch die Arbeitgeber gescheitert waren und unser Verband unmittelbar vor großen Kämpfen stand, haben wir auf die Notwendigkeit der Wahrung strengster gewerkschaftlicher Disziplin hingewiesen. Heute ist die Lage ähnlich, und die Wiederholung unserer Mahnung ist um so notwendiger, als an gewisser Stelle der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß es in diesen Dingen nicht so genau genommen zu werden brauche. Einer solchen Auffassung muß auf das ernsteste entgegengetreten werden. Die Zeit der wilden Streiks ist für die Holzindustrie längst vorüber, und sie darf nicht wiederkehren. Daß sich die Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes als eine disziplinlose Masse erwiesen haben, darf für uns kein Anlaß sein, dieses schlechte Beispiel nachzuahmen. Es ist sehr leicht möglich, daß wir in der nächsten Zeit wieder große Kämpfe zu führen haben werden. Da müssen die hierfür geltenden Bestimmungen unseres Verbandes auf das strengste beachtet werden. Am Ort darf nichts unternommen werden ohne Kenntnis der Ortsverwaltung; diese muß in vollem Einvernehmen mit der Verbandsleitung operieren, sie muß also fortgesetzt in Verbindung mit dem Gauvorstand und dem Verbandsvorstand stehen. Beim Verbandsvorstand laufen alle Fäden zusammen, er hat den besten Ueberblick über das Ganze. Wenn er, wie es seine Pflicht ist, die gesamte Bewegung leiten soll, dann darf er nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir predigen keinen Kadavergehorsam, wenn wir verlangen, daß straffe gewerkschaftliche Disziplin gewahrt wird. Wir stehen an der Schwelle wichtiger Ereignisse im Holzgewerbe. Einigkeit und fester Zusammenhalt der Kollegen werden unsern Erfolg sichern.

Die Mitteilung von der Ablehnung des Reichstarifvertrags hat unser Verbandsvorstand durch folgendes Schreiben beantwortet:

Berlin, den 12. September 1919.

An den
Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe
Berlin C 25, Alexanderstraße 31.

Ihre gestrige Mitteilung, daß Ihre Generalversammlung am 10. d. M. den von den beiderseitigen Verhandlungskommissionen vereinbarten Reichstarifvertragsentwurf mit erheblicher Stimmenmehrheit abgelehnt hat, hat unser Vorstand zur Kenntnis genommen. Der von Ihrer Generalversammlung alsdann noch weiter beschlossene Antrag Frankfurt a. M. schafft die Tatsache Ihrer Ablehnung des vereinbarten Reichstarifvertrages nicht aus der Welt.

Wir bedauern lebhaft, daß unsere während langer Monate ununterbrochen verfolgten Bemühungen, durch Schaffung eines solchen das ganze deutsche Holzgewerbe umfassenden Tarifvertrages zur Hebung und Gesundung des Gewerbes und zur möglichst erfolgreichen Niederhaltung der Schmutzkonkurrenz zu gelangen, an dem mangelnden sozialen Verständnis der Mehrheit Ihrer Mitglieder scheitern mußte. Diese Haltung Ihrer Mitglieder hat dazu geführt, daß die seit März d. J. gepflogenen Verhandlungen wiederholt zum Scheitern gebracht wurden, wie auch der durch das Reichsarbeitsministerium am 21. Juli 1919 gefällte Schiedsspruch in der gleichen Sache von ihnen kurzerhand verworfen wurde. Trotzdem sind wir in unseren Bemühungen, dennoch zu einem friedlichen Vergleich mit Ihnen zu kommen, nicht erlahmt. Sowohl in den früheren wie auch in den dann erneut angesetzten Verhandlungen am 11., 15., 20., 21. und 22. August dieses Jahres mit den Vertretern Ihres Verbandes, wie auch in denen am 28. und 29. August unter dem Vorsitz des Unparteiischen, Freiherrn v. Berlepsch, geführten haben wir trotz aller von Ihrer Seite aufgebotenen Hindernisse das gesteckte Ziel nicht aus dem Auge verloren, um dem Gewerbe, wenn irgend möglich, weitere Unruhen zu ersparen. Wir haben unsererseits sowohl den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 21. Juli über die Arbeitszeit wie auch den Entscheidungen des Unparteiischen Freiherrn von Berlepsch vom 28. und 29. August über die übrigen strittigen Vertragspunkte trotz vieler Bedenken unsere Zustimmung erteilt, und schließlich hat auch unsere Reichskonferenz vom 1. September, wie Ihnen rechtzeitig bekanntgegeben wurde, dem ganzen Vertragswerk mit Mehrheit zugestimmt.

Da Sie trotz alledem zum Schluß das Ganze über den Haufen geworfen und abgelehnt haben, müssen wir Ihnen die Verantwortung für die unvermeidlichen Folgen in vollem Umfang zuweisen.

Hochachtungsvoll

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
J. A.: A. Neumann.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Juli.

In seiner Gesamtübersicht über die Lage des Arbeitsmarktes im Juli d. J. zeichnet das „Reichs-Arbeitsblatt" ein recht trübes Bild. Die nach Aufhebung der Blockade nach Deutschland kommenden Rohstoffmengen waren völlig unzureichend, um weitere Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen zu verhindern. Von den Massenentlassungen wurden vorwiegend die Metallindustrie, das Spinnstoffgewerbe und die Tabakindustrie betroffen. Es wird auf den Rückgang der Steinkohlenförderung hingewiesen, die im ersten Halbjahr um 31,22 Millionen Tonnen, und der Braunkohlenförderung, die um 7,55 Millionen Tonnen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist die Roheisenerzeugung um 37,1 Prozent, die Stahlerzeugung um 50,6 Prozent und die Leistung der Walzwerke um 47,0 Prozent zurückgegangen. Nach einem Hinweis auf den zunehmenden Verfall des Verkehrswesens heißt es an der angegebenen Stelle weiter: „Die deutsche Ausfuhrindustrie (besonders Maschinenbau und chemische Industrie) konnte aus der Teurung der fremden Geldsorten keinen Nutzen ziehen, weil der Kohlen- und Rohstoffmangel in Verbindung mit den geringen Leistungen der Arbeiter, den zahlreichen Streiks, Lohnerhöhungen und der Unsicherheit des Verkehrs das Ausland vielfach von Auftragserteilungen abhielt. Wenn die Arbeiter die kurze Arbeitszeit nicht besser ausnutzen, über die Einhaltung der Lieferungsfristen immer wieder verhindernden Streiks nicht einstellen und sich in ihren Lohnansprüchen nicht wesentlich bescheiden, wird ein nutzbringendes Arbeiten auf die Dauer unmöglich sein."

Der Bearbeiter dieser Uebersicht betrachtet die Dinge anscheinend stark durch die Brille des Unternehmers, bei dem die Höhe des erzielten Gewinns der einzige Maßstab für die Beurteilung der Lage der Industrie ist. Aber selbst wenn man manches von dem, was ausgeführt ist, als übertrieben abzieht, bleibt noch genug, was die Arbeiterschaft sehr lebhaft interessieren dürfte.

Das im allgemeinen recht trübe Bild, welches im „Reichs-Arbeitsblatt" auf Grund der beim [illegible] eingegangenen Berichte gezeichnet wird, enthält im einzelnen auch freundliche Partien. Hierzu gehört das, was auf Grund der Berichte von Unternehmern über die Lage in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe gesagt wird. Hiernach waren die Holz- und Sägewerke gut, die Kistenfabriken [illegible], dagegen die Holzwarenfabriken ungenügend beschäftigt. In der Möbelindustrie [illegible] [illegible] Mangel an [illegible] Arbeitern [illegible]. Die Lage der [illegible] [illegible] Korbwaren-[illegible] [illegible] Rohmaterial [illegible] [illegible] Juli 1918 [illegible] [illegible]. Es besteht [illegible] Mangel [illegible] gelernten [illegible]. [illegible] Lage der [illegible] und der Holzschuhfabriken [illegible] [illegible] [illegible] gut beschäftigt war. [illegible] mit Inlands- und Auslandsaufträgen [illegible] zum Teil auch [illegible] und [illegible] übernommen. [illegible] in [illegible] fallen. Die [illegible]fabrikation war nur die Beschäftigung noch gut, doch wurde bereits stellenweise ein geringerer Auftragseingang verzeichnet, so daß für den Winter Arbeitslosigkeit befürchtet wird. Teilweise wird Mangel an seßhaften Arbeitern gemeldet.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad in einer Reihe von Großbetrieben wurden im Monat Juli 141 Betriebe erfaßt. Das Ergebnis für die einzelnen Zweige des Gewerbes zeigt die folgende Tabelle:

Berufszweig	Berichtende Betriebe	Anzahl der Beschäftigten im Monat Juli 1919	der Eingestellt.	der Entlassenen	der freien Plätze	Geschäftsgang: sehr gut Bt.	Arb.	gut Bt.	Arb.	befriedigend Bt.	Arb.	schlecht Bt.	Arb.
Möbel	37	5036	102	130	1528	18	2489	17	3258	1	160	1	29
Bau und Möbel	9	1570	58	16	146	3	354	6	1216	—	—	—	—
Weiße Möbel	2	309	8	1	17	1	210	1	159	—	—	—	—
Luxusmöbel	3	650	11	30	101	1	123	2	527	—	—	—	—
Bau	4	531	7	—	195	1	182	3	349	—	—	—	—
Stühle	11	1085	11	20	126	6	661	5	424	—	—	—	—
Pianos u. Flügel	18	3692	199	82	1471	3	527	12	2699	3	466	—	—
Sonst. Musikinstr.	4	946	108	5	24	2	711	2	235	—	—	—	—
Bürsten u. Pinsel	13	3065	61	36	708	—	—	5	962	7	1384	1	719
Bleistifte	4	1472	6	2	836	—	—	2	594	1	318	1	560
Werften	7	1779	19	17	852	—	—	2	438	2	514	3	777
Flugzeuge	8	454	14	15	296	—	—	2	164	2	102	4	188
Waggons	9	3359	141	9	120	2	792	4	1049	3	1518	—	—
Sport- u. Kinderw.	2	713	145	26	142	—	—	—	—	2	713	—	—
Automobile	3	251	10	2	14	—	—	3	251	—	—	—	—
Nähmaschinen	7	759	19	9	174	—	—	4	404	3	355	—	—
Zusammen	141	26631	1011	368	5962	37	6049	70	12779	24	5530	10	2273
Im Vormonat	140	26361	821	440	6896	34	4678	62	13602	25	6196	10	2401

Das Gesamtergebnis ist weit günstiger als im Vormonat und auch besser als im Juli des vorigen Jahres. Von je 100 Beschäftigten arbeiteten im Berichtsmonat 70,7 in Betrieben mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang, während im Juni nur 67,4 Prozent und im Juli vorigen Jahres 67,3 Prozent der Beschäftigten auf sehr gut und gut beschäftigte Betriebe entfielen. Die Besserung des Geschäftsganges erstreckt sich auf ziemlich alle Berufszweige, wie aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, die nachweist, wieviel von je 100 Beschäftigten eines Berufszweiges auf Betriebe mit sehr gutem, gutem, befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang entfallen.

Berufszweig	Juli 1919 sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	Juni 1919 sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	Juli 1918 sehr gut	gut	befriedigend	schlecht
Möbel	41,9	54,9	2,7	0,5	37,3	59,3	2,7	0,7	26,5	48,7	23,9	0,9
Bau und Möbel	22,5	77,5	—	—	29,7	70,3	—	—	3,3	67,7	29,0	—
Weiße Möbel	56,9	43,1	—	—	—	100,0	—	—	—	100,0	—	—
Luxusmöbel	18,9	81,1	—	—	34,0	66,0	—	—	—	84,0	16,0	—
Bau	34,3	65,7	—	—	—	100,0	—	—	—	48,1	16,1	35,8
Stühle	60,9	39,1	—	—	76,7	23,3	—	—	46,9	48,1	5,0	—
Pianos u. Flügel	14,3	73,1	12,6	—	18,6	66,4	15,0	—	38,5	36,6	14,1	10,8
Sonst. Musikinstr.	75,2	24,8	—	—	12,0	88,0	—	—	74,3	16,3	9,4	—
Bürsten u. Pinsel	—	31,4	45,1	23,5	—	21,5	50,3	28,2	12,5	64,1	23,4	—
Bleistifte	—	40,4	21,6	38,0	—	40,0	21,7	38,3	13,9	20,9	65,2	—
Werften	—	27,4	28,9	43,7	—	8,4	53,0	35,6	55,5	18,4	12,8	13,3
Flugzeuge	—	36,1	22,5	41,4	—	22,7	41,3	36,0	9,8	37,9	27,3	25,0
Waggons	23,6	31,2	45,2	—	5,1	49,8	45,1	—	5,1	70,8	24,1	—
Sport- u. Kinderw.	—	—	100,0	—	—	—	100,0	—	—	—	79,4	20,6
Automobile	—	100,0	—	—	—	100,0	—	—	—	42,0	58,0	—
Nähmaschinen	—	51,2	48,8	—	—	51,8	48,2	—	—	23,3	54,6	22,1
Zusammen	22,7	48,0	20,8	8,5	17,7	49,7	23,5	9,1	22,9	44,4	24,7	8,0

Die Arbeitslosigkeit hat nach den Berichten der Gewerkschaften im Monat Juli wieder eine Steigerung erfahren. Ende Juni waren 2,5 Prozent, Ende Juli aber 3,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Von der Steigerung sind beide Geschlechter betroffen, und zwar stieg die Arbeitslosigkeit bei den Männern von 2,1 Prozent auf 3,0 Prozent, bei den Arbeiterinnen von 3,8 Prozent auf 4,6 Prozent. In den Verbänden, die zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe gehören, ist der Stand der Arbeitslosigkeit mit insgesamt 1,5 Prozent nicht nur weit günstiger als der Durchschnitt, hier ist sogar im Juli eine weitere Besserung eingetreten. Hierher gehört der Bildhauer-Verband mit 3260 Mitgliedern und einer Arbeitslosigkeit von 2,1 Prozent. Der Christliche Holzarbeiter-Verband berichtet über 27 151 Mitglieder, von denen nur 10 arbeitslos waren. Der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Holzarbeiter hat 6549 Mitglieder, darunter 130 Arbeitslose oder 2,3 Prozent. Ausschlaggebend ist unser Deutscher Holzarbeiter-Verband, der in der Liste mit 316 928 Mitgliedern verzeichnet ist. Bei der Zählung wurden 294 937 erfaßt, darunter 33 538 weibliche. Am Monatsschluß waren 4108 männliche und 723 weibliche arbeitslos; das entspricht einer Arbeitslosigkeit der männlichen Mitglieder von 1,6 Prozent, der weiblichen von 2,2 Prozent. Zusammen waren 1,6 Prozent der Mitglieder, gegen 1,9 Prozent Ende Juni und 0,5 Prozent Ende Juli vorigen Jahres.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise hat sich das Verhältnis zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen gegenüber dem Vormonat bei den männlichen Arbeitern etwas verbessert, während es bei den Arbeiterinnen im gleichen Maße ungünstiger geworden ist. Betrachtet man die Zahlen unter Einrechnung des Restes aus dem Vormonat, dann ergibt sich ein Rückgang sowohl der Arbeitsuchenden als auch der offenen Stellen. Im Holzgewerbe ist das Verhältnis, wenigstens soweit die männlichen Arbeiter in Betracht kommen, weit günstiger als der Gesamtdurchschnitt. Gegenüber dem Monat Juni ist auch ein weiterer Rückgang der Arbeitsuchenden im Vergleich zu der Zahl der offenen Stellen zu verzeichnen. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	Alle Gewerbe männl.	weibl.	Holzindustrie männl.	weibl.
Juli 1918	43	82	42	61
Juni 1919	154	127	85	222
Juli 1919	151	140	85	216

In der folgenden Zusammenstellung geben wir wieder eine Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im Juli für die verschiedenen Zweige der Holzindustrie nach den im „Reichs-Arbeitsblatt" veröffentlichten Berichten.

	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	Besetzte Stellen	Auf 100 offene Stellen kommen Arbeitsuchende Juli 1919	Juni 1919	Juli 1918
Tischler, Bodenleger, Maschinenarbeiter	12282	15655	8220	78	70	43
Drechsler, Holzbildhauer	732	803	337	91	122	37
Bürsten-, Kamm-, Korbmacher, Vergolder	1484	1244	550	119	117	81
Stellmacher	841	1306	532	64	60	24
Arbeiterinnen	1258	582	481	216	223	61

Hiernach ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gegenüber dem Vormonat nur bei den Drechslern und Holzbildhauern sowie auch bei den Arbeiterinnen besser geworden. Bei den anderen Gewerbezweigen ist eine Verschlechterung eingetreten, die jedoch wenig ins Gewicht fällt. Die günstige Geschäftslage in der Holzindustrie wird auch durch die Einzelberichte der Arbeitsnachweisverbände bestätigt. So wird aus Ostpreußen berichtet, daß die Nachfrage nach Tischlern außerordentlich rege, das Angebot aber unzureichend war. In Pommern war die Nachfrage nach Möbeltischlern und Holzbildhauern sehr stark. Insbesondere aus Stettin wird berichtet, daß das Fehlen der Bau- und Möbeltischler auf den Gang der Vermittlung hemmend gewirkt habe. Aus Mecklenburg-Schwerin wird berichtet, daß die Zahl der offenen Stellen in der Holzindustrie gesunken sei. In Schlesien konnte der Mangel an Möbeltischlern nicht behoben werden. In dem Bericht aus Groß-Berlin heißt es: „Im Holzgewerbe herrscht nach wie vor Mangel an Möbeltischlern. Der Bedarf konnte bei weitem nicht gedeckt werden, während Bautischler genügend vorhanden waren." Aehnlich auch in dem Bericht für die Provinz Brandenburg: „Die Holzindustrie war vollauf im Betrieb, und die große Nachfrage nach gelernten Facharbeitern, wie Möbeltischlern und Stellmachern, hielt weiter an." In dem Bericht des Arbeitsnachweisverbandes für die Provinz Sachsen und Anhalt heißt es: „Im Holzgewerbe dauerte die starke Nachfrage nach Tischlern, Stellmachern, Holzbildhauern, Korbmachern und Böttchern an. Die Einstellung von Munitionskorbmachern aus Thüringen lehnten die Arbeitgeber jedoch ab, Drechsler waren genügend angeboten." Das Landesamt für Arbeitsvermittlung im Freistaat Sachsen berichtet: „Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hält der gute Geschäftsgang der Möbelindustrie an. Die Bürstenindustrie des Schwarzenberger Bezirks zeigte infolge Stockens der Ausfuhr einen starken Rückgang. In der Musikinstrumentenindustrie herrscht infolge Mangels an Därmen und Rohholz teilweise Arbeitslosigkeit bei den Saiten- und Bogenmachern." In Thüringen gleichen sich Angebot und Nachfrage nahezu aus. In Bremen konnte der Bedarf an Möbeltischlern und Stellmachern nicht gedeckt werden. In Schleswig-Holstein war die Nachfrage nach Tischlern, besonders Möbeltischlern immer noch sehr stark und nicht zu decken. In Hamburg war ein geringer Rückgang der Vermittlung zu verzeichnen. In dem Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes heißt es für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck: „Die Möbelindustrie ist mit Aufträgen überhäuft. Der Bedarf an Möbelschreinern ist immer noch bedeutend. Verschiedentlich wurden Facharbeiter aus anderen Betrieben auf Veranlassung der Arbeitsnachweise und in Verbindung mit den Arbeiterausschüssen entlassen und der Möbelindustrie wieder zugeführt. Im allgemeinen besteht bei den Arbeitnehmern eine gewisse Abneigung gegen die in den Möbelfabriken übliche Stücklohnarbeit." Aus Westfalen und Lippe wird berichtet, daß die große Nachfrage nach Tischlern, besonders für bessere Möbel, anhielt. Im Rheinland besteht bei gutem Geschäftsgang dauernd starke Nachfrage nach Möbeltischlern, Holzbildhauern und Drechslern sowie Modellschreinern und Stellmachern. Eine auch nur teilweise Deckung des Bedarfs ist den Arbeitsnachweisen nicht möglich. Aus Bayern wird berichtet, daß sich Angebot und Nachfrage nahezu ausglichen, nur an Möbeltischlern war vielfach Mangel. Von der Bleistiftindustrie heißt es in diesem Bericht, daß sie durch die Verteurung der Erzeugung an einem Punkt angelangt sei, wo die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland in manchen Fällen bereits aufgehört hat. Die oberfränkische Korbwarenindustrie war nach dem Bericht der Handelskammer Bayreuth gut beschäftigt. Der Ausfuhrhandel hat sich im allgemeinen seit Aufhebung der Blockade etwas gehoben. Aus München wird Mangel an Möbelschreinern, Wagnern und Bildhauern gemeldet. Auch in Nürnberg mangelt es an Schreinern. Aus Baden wird berichtet, daß es in Baden-Baden, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Mannheim, Pforzheim, Villingen an Bau- und Möbelschreinern fehlte. — Im allgemeinen bestätigen diese Berichte, daß die Lage im Holzgewerbe noch als recht günstig bezeichnet werden kann.

Das Taylorsystem in der Praxis.

Der Niederbruch unseres Wirtschaftslebens zwingt dazu, auf Mittel zu sinnen, wie die Produktion gesteigert und die Konkurrenz mit dem Ausland erfolgreich aufgenommen werden kann. Hierbei gibt es manche Schwärmer, die in dem vielgenannten Taylor-System eine Methode erblicken, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie auf das höchste zu steigern. Dieses System ist in einem Buch eingehend beschrieben, welches von seinem Erfinder, dem amerikanischen Ingenieur Frederic Winslow Taylor verfaßt und wenige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges unter dem Titel „Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung" in deutscher Uebersetzung erschienen ist.

Das Wesen der „wissenschaftlichen Betriebsführung" besteht darin, daß zunächst der Arbeitsprozeß aufmerksam studiert wird. Unabhängig von dem seitherigen Handwerksbrauch werden Werkzeuge und Maschinen konstruiert, die auf das genaueste den Bedürfnissen der einzelnen Arbeitsverrichtung angepaßt sind, und mit denen eine bedeutende Steigerung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters erzielt wird, ohne ihn zu übermüden. Wichtiger als diese Seite des Systems ist aber die andere. Durch Beobachtung des Arbeiters mit der Stoppuhr in der Hand wird durch besondere Betriebsbeamte auf das genaueste die Zeit festgestellt, die für jede einzelne Manipulation notwendig ist. Die Arbeit wird bis in das kleinste geteilt. Der Arbeiter wird ausschließlich mit einer einzigen Teilverrichtung beschäftigt, für welche er mit der [illegible] eine große Fertigkeit

erlangt. **Er braucht gar nicht mehr zu denken.** Für jeden Handgriff hat er bestimmte Vorschriften, und vor allen Dingen muß er das ihm vorgeschriebene Pensum leisten. Gelingt ihm das nicht, dann ist er für den Posten nicht geeignet. Man versucht es mit ihm an einem anderen Platz oder er wird entlassen. Leistet er das Pensum, dann erhält er einen Lohn, der höher ist als der, der in Betrieben gezahlt wird, die nach der alten Methode arbeiten.

Es ist erklärlich, daß Taylor sein System auf das höchste preist. Er erzählt in seinem Buch, daß in den Vereinigten Staaten wenigstens 50 000 Arbeiter unter diesem System tätig seien und um 30 bis 100 Prozent höhere Löhne erhalten als Leute gleichen Schlages unter den alten Verhältnissen. Die Gesellschaften selbst, für die sie arbeiten, prosperieren besser denn je zuvor; in ihren Betrieben hat sich die Produktion pro Mann und Maschine durchschnittlich verdoppelt. Ein System, das solche Vorzüge aufweist, erregt begreiflicherweise das lebhafte Interesse der Unternehmer.

Das Taylor-System wurde auch in einem Staatsbetrieb der Vereinigten Staaten eingeführt. Dieser Umstand gab Veranlassung, daß ein Ausschuß des Kongresses der Vereinigten Staaten eingesetzt wurde, um die Wirkung des Systems in dem Staatsbetrieb nachzuprüfen. Dieser Ausschuß wiederum beauftragte eine Kommission unter der Leitung des Professors Robert F. Hoxie mit der genauen Prüfung des Taylor-Systems in seiner Wirkung auf die Arbeiter. Dem Volkswirtschaftler Hoxie wurden zwei Gehilfen zur Seite gegeben, von denen der eine, der Former John P. Frey, als Vertreter der Gewerkschaften galt. Dieser hat einen Bericht über die Ergebnisse der vorgenommenen Untersuchungen veröffentlicht, der kurz vor dem Krieg erschien, aber erst jetzt in deutscher Uebersetzung herausgegeben wurde.*)

Frey berichtet eingehend über die Methoden der vorgenommenen Untersuchungen. Man erfährt dabei, daß Taylor nicht der einzige Erfinder eines Systems der „wissenschaftlichen Betriebsführung" ist. Es gibt mehrere Systeme, die zum Teil von anerkannten Autoritäten, vielfach aber auch von „Scharlatans und Pfuschern" aufgestellt sind. Die Untersuchung erstreckte sich aber nur auf Betriebe, die Taylor und andere Autoritäten als solche bezeichneten, in denen die wesentlichen Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung angewendet werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sind aber für das System wenig günstig.

Die Grundlage für die „wissenschaftliche Betriebsführung" ist die „Zeitstudie", die vom Ingenieur mit der Stoppuhr festgestellte Zeit, die für die Ausführung der einzelnen Teiloperationen erforderlich ist, und die als Grundlage für die Bemessung des Pensums dient. Aus Freys Bericht ergibt sich, daß diese Zeitstudien ein großer Humbug sind. In der Praxis ergeben sich große Abweichungen. Dafür werden mehrere Beispiele angeführt. So wurde ein Zeitstudien-Beamter, der für die Kommission Zeitstudien ausgeführt hatte, auf offenbare Irrtümer aufmerksam gemacht. Er erklärte das damit, daß er gewußt habe, daß er beobachtet würde, und das habe ihn nervös gemacht. Dazu bemerkt der Berichterstatter, derselbe Beamte habe ihm früher versichert, daß es die Arbeiter nicht nervös mache, wenn an ihnen Zeitstudien gemacht würden. Interessant ist die Feststellung, daß in den Fabriken, die das Taylor- oder ein verwandtes System eingeführt haben, keine Gewerkschaften bestehen, bei denen der Arbeiter Beschwerden anbringen könnte, wenn etwa der Zeitstudien-Beamte sich zuungunsten des Arbeiters geirrt hat. Das ist aber gerade eines der Kennzeichen des Taylor-Systems, daß organisierte Arbeiter für seine Durchführung als wenig geeignet erachtet werden. Der aus egoistischen Motiven unorganisierte Arbeiter ist das beste Objekt für die Experimente der Taylor und verwandter Geister.

Dem System der „wissenschaftlichen Betriebsführung" wird seine volkswirtschaftliche Bedeutung nachgerühmt; es soll geeignet sein, die Produktion auf das höchste Maß zu steigern. Das mag zutreffen, aber diese Produktionssteigerung geht auf Kosten der Arbeiter, deren körperliche Leistungsfähigkeit auf das äußerste angestrengt wird unter gleichzeitiger Vernachlässigung seiner geistigen Fortbildung. Der Arbeiter wird bei diesem System zur Maschine; ununterbrochen muß er Tag für Tag dieselben geisttötenden Handgriffe vollführen. Er soll sich das Denken völlig abgewöhnen. Für ihn wird auf dem technischen Bureau gedacht, von wo ihm die wenigen Handgriffe, die er unablässig wiederholen soll, auf das genaueste vorgeschrieben werden. Dem volkswirtschaftlichen Vorteil der gesteigerten Produktion steht also ein stark ins Gewicht fallendes Manko gegenüber. Es liegt ganz gewiß nicht im Interesse der Volkswirtschaft, daß der Sinn für die technische Vervollkommnung bei der Arbeiterschaft ertötet und mit der Arbeitskraft Raubbau getrieben wird. Für unsere Volkswirtschaft wäre es ein Unglück, wenn ihr Ziel lediglich darauf gerichtet wäre, die Rentabilität der Betriebe auf den höchsten Grad der Vollkommenheit zu bringen, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeiter.

Die „wissenschaftliche Betriebsführung" verzichtet, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, auf die Ausbildung von Lehrlingen. Einige Fabriken beschränken sich darauf, eine Anzahl begabter junger Leute für leitende Stellungen heranzubilden. „In der Theorie wie in der Praxis verwirft die wissenschaftliche Betriebsführung die Lehrlingsausbildung zur handwerklichen Geschicklichkeit. Man bemüht sich, an ihre Stelle die Ausbildung für Teilarbeiten zu setzen." Wozu auch Lehrlinge heranbilden? Der auf einige Handgriffe eingefuchste Spezialist leistet ja viel mehr als der intelligente Arbeiter, der alle Zweige seines Berufs gründlich erlernt hat.

Dabei führt die „Wissenschaftlichkeit", mit der die höchste Leistungsfähigkeit zu ergründen versucht wird, mitunter zu lächerlichen Uebertreibungen. So wird als Beispiel eine Kleiderfabrik vorgeführt, in der das Einfädeln der Nadeln von dem Annähen der Knöpfe getrennt und durch besondere Mädchen ausgeführt wird. Man hat dann ganz genau ergründet, welche Länge des Fadens am vorteilhaftesten ist. Dabei blieb man aber nicht stehen; man hat weiter entdeckt, daß nicht nur die Länge des Fadens, sondern auch die Länge des Armes der Mädchen von Einfluß ist auf die Zahl der Knöpfe, die sie annähen. Die Frucht dieser Entdeckung war, daß bei der Einstellung nur Mädchen von bestimmter Armlänge berücksichtigt wurden. Man ging aber noch weiter und verlangte neben der richtigen Arm- auch die richtige Fingerlänge. Als man so die richtige Arm- und Finger- und Fadenlänge „wissenschaftlich" festgestellt und den Betrieb entsprechend eingerichtet hatte, wollte das Ergebnis doch noch nicht klappen. Bei der ganzen „Wissenschaftlichkeit" hatte man ein Moment übersehen: die Natur des Menschen. Die Länge der Faden, der Arme, der Finger wurde dann auf Grund der gemachten Erfahrungen außer acht gelassen, und das Ergebnis war, daß mehr geleistet wurde als vorher.

Ein Vorzug, den Taylor seinem System nachrühmt, soll darin bestehen, daß es die Ueberhastung und die geistige und körperliche Erschöpfung der Arbeiter auszuschalten sucht. Das klingt in der Theorie ganz hübsch. Die Praxis sieht aber anders aus. Der Zweck des Systems ist doch, die Produktion zu steigern, und darauf legen natürlich die Unternehmer, die es einführen, das größte Gewicht. Kein Mittel läßt man unversucht, um die Arbeiter anzutreiben. Diese Mittel sind verschiedenartig. So wurde in einer Fabrik dem Arbeiter, der das vorgeschriebene Pensum in der angegebenen Zeit erreichte, eine kleine Prämie gewährt. Der Vorarbeiter bekam für jeden Arbeiter seiner Abteilung, der das Pensum erreichte, gleichfalls eine Prämie, er hatte also ein Interesse daran, die ihm unterstellten Arbeiter nach Kräften anzutreiben. Aber nicht genug damit, der Zeitstudien-Beamte und der Aufgabensteller erhielten gleichfalls Prämien, aber im umgekehrten Verhältnis, nämlich für jeden Arbeiter, der das Pensum nicht erreichte. Sie waren deshalb bestrebt, die Aufgaben möglichst hoch zu setzen. Zeitstudien-Beamte und Aufgabensteller einerseits und Vorarbeiter anderseits wetteiferten also miteinander auf Kosten der Arbeiter, die bis zur äußersten Erschöpfung angetrieben wurden.

Wir wollen auf die weiteren interessanten Ergebnisse der Untersuchung nicht näher eingehen. Das Gesagte dürfte genügen, um es erklärlich zu machen, daß die Arbeiter dem Taylor-System und allen Methoden der sog. „wissenschaftlichen Betriebsführung" mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen und seiner Einführung den stärksten Widerstand entgegensetzen. Man kann dem Verfasser des Berichts völlig beistimmen, wenn er in seinen Schlußbetrachtungen sagt: „Die Einführer und Anwender der wissenschaftlichen Betriebsführung lassen sich gegenwärtig von nichts anderem bestimmen als von rein persönlichen Anschauungen über Menschlichkeit oder von dem alleinigen Verlangen nach Gewinn mit geringer Rücksicht auf das Wohlergehen ihrer Arbeiter." Das ist eine sehr vorsichtige Ausdrucksweise. Frey und die Kommission, der er angehört hat, haben sich überhaupt sorgsam bemüht, zu einem objektiven Urteil zu kommen. Man kann den wiedergegebenen Satz deutlicher machen, wenn man sagt, die Unternehmer, die die wissenschaftliche Betriebsführung einführen, verfolgen ausschließlich das nackte persönliche Profitinteresse. Um ihrer Gewinnsucht zu fröhnen, wird jede Menschlichkeit, jede Rücksicht auf die Gesundheit, das materielle und geistige Wohl der Arbeiter bedenkenlos mit Füßen getreten.

Frey sagt dann schließlich weiter, „daß weder die organisierten noch die unorganisierten Arbeiter unter der wissenschaftlichen Betriebsführung einen angemessenen Schutz ihrer Lebenshaltung finden, noch daß zeitgemäße Einrichtungen für ihre Fortbildung bestehen, oder daß die industrielle Demokratie Förderung findet, durch welche die Arbeiter einen dauernd wirksamen Einfluß auf die Leitung des Betriebes haben könnten. Weil unorganisierte Arbeiter völlig außerstande sind, für ihre menschlichen Rechte zu wirken, wird es doppelte Pflicht der organisierten sein, unaufhörlich und unentwegt dahin zu streben und wenn nötig eine industrielle Entwicklung zu bekämpfen, welche keine günstigen Bedingungen für ihren Aufstieg bietet, sondern in mancher Beziehung sich ihnen feindlich erweist."

Diese Urteile über das Taylor-System sind besonders wertvoll im Hinblick darauf, daß seine Einführung auch in Deutschland lebhaft propagiert wird. In einem Erlaß des damaligen Reichsarbeitsministers Bauer vom 19. März d. J. wird auf den Wert des Systems für die durchaus notwendige Steigerung der Produktion hingewiesen. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, daß die Demokratisierung Deutschlands einen ausreichenden wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft sichergestellt habe, der die Ausschaltung der ungünstigen Seiten des Systems ermöglicht. Der Minister hält es für zweckmäßig, daß sich die Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit dem Problem befassen. Dagegen läßt sich an sich nichts einwenden, wir sind jedoch der Meinung, daß eine solche Erörterung zur Ablehnung des Taylor-Systems führen wird und muß. Das in dem vorliegenden Buch enthaltene Material wird die Position der Gegner des Taylor-Systems entschieden stärken.

*) „Die wissenschaftliche Betriebsführung und die Arbeiterschaft." Von John P. Frey. Uebersetzt von Ed. Breslauer. Leipzig. P. E. Lindners Verlag (F. Hahn). Preis 3 Mk.

Aus der Schönheider Bürstenindustrie.

–tz. Die Bürstenindustrie hat, wie in verschiedenen Teilen des Reiches, so auch im Schönheider Bezirk eine beträchtliche Ausdehnung erfahren. Vor dem Krieg hatten wir in 5 Ortschaften 42 Groß- und Kleinbetriebe zu verzeichnen, heute ist die Zahl auf 11 Ortschaften mit rund 70 Groß- und Kleinbetrieben gestiegen. Die Zahl der Arbeiter in den Betrieben beträgt 2300 bis 2400, daneben gibt es noch über 3000 Heimarbeiter.

Seit 1916 konnte man wieder von einer vollen Beschäftigung in der Bürstenindustrie sprechen, die bis zu dem Zeitpunkt anhielt, als der Friede geschlossen wurde. Mit dem allgemeinen Geschrei, daß jetzt alles billiger würde, trat auch in der Bürstenindustrie eine Stockung ein. Es trat aber nur eine kleine Senkung der Preise einiger Rohmaterialien ein, die jedoch auf die Gesamtindustrie wenig Einfluß hatte. Die letzte Leipziger Messe hat nun eine Wendung in die faule Geschäftslage gebracht. Bedeutende Abschlüsse sind getätigt worden; die Arbeitslosigkeit, die bereits ernsthaft einsetzte, ist dadurch zurückgegangen.

Allgemein ist bekanntgeworden, daß Firmen aus dem hiesigen Bezirk mit Schleuderpreisen auf der Messe gearbeitet haben, wobei eine Firma aus Rothenkirchen eine besondere Glanzleistung vollbracht hat. Die hiesige Industrie ist hauptsächlich auf den Export angewiesen, und die getätigten Verkäufe sind auch zum größten Teil für das Ausland bestimmt. Vom Inland kann der Schönheider Bezirk nicht existieren. Das ist daraus zu ersehen, daß vor dem Krieg schon alles darangesetzt wurde, die Betriebe zu beschäftigen, und heute muß dies noch mehr beachtet werden, denn es sind, wie bereits erwähnt, nicht nur hier, sondern allgemein neue Betriebe entstanden. Das Deutsche Reich ist kleiner geworden, und das Ausland bzw. die besten Abnehmer haben uns Grenzschranken aufgebaut. Ohne Auslandshandel können sich die neuerstandenen Betriebe nicht erhalten, wenn sie auch nicht am Export beteiligt sind, so nehmen sie doch den alten Betrieben die Inlandkundschaft weg.

Die Bürstenindustrie wirft aber trotzdem den Unternehmern gute Gewinne ab. Auch die Inhaber von Kleinbetrieben kaufen Häuser auf und richten sich modern ein. Größere Betriebe dehnen sich aus und errichten Neubauten. Viel besprochen wird der allerorts wahrnehmbare Neu- und Umbau von Fabrikantenwohnungen. Geld ist also genügend da, und interessant ist, daß die meisten Arbeitgeber mit dem Steuerfiskus auf gespanntem Fuß leben.

Wie steht es aber mit den Arbeitern? Die erfolgte Lohnerhöhung entspricht nicht den Bedürfnissen der Zeit. In den meisten Betrieben haben sich die Vereinbarungen durchgerungen, bei manchen mußte nachgeholfen werden, und da, wo noch Differenzen bestehen, ist dies auf das Konto gewerkschaftlich ungeschulter Kräfte zurückzuführen. Ein gewisser passiver Widerstand ist bei der Durchführung der neuen Lohnsätze in Erscheinung getreten, der auch nicht so leicht zu beseitigen ist. Die Arbeitgeber stammen ohne Ausnahme aus Arbeiterkreisen. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist mit den Unternehmern verwandt, und es gibt Arbeiter, die noch ein Verwandtschaftsverhältnis im zehnten Grad konstruieren, stolz darauf sind und glauben, Zurückhaltung üben zu müssen. Es besteht bei der hiesigen Bevölkerung tatsächlich eine Inzucht des Geistes und der Arbeit. Spontane Eingriffe in diese Zustände verschlimmern nur die Sache. Hier helfen nur die Zeitverhältnisse. Es ist ja auch schon eine gewaltige Umwälzung eingetreten, wenn man die heutigen Verhältnisse mit denen vergleicht, die vor zwanzig und mehr Jahren bestanden haben. Der erzgebirgische Bürstenarbeiter ist nicht mehr der Elendsarbeiter, wie er uns vor 30 Jahren geschildert wurde, oder aus der Zeit, wo eine hiesige Fabrik staatlich subventioniert wurde, um die Arbeiter zu beschäftigen. Wenn die Lohnverhältnisse sich noch nicht mit dem übrigen Deutschland messen können, so liegt das eben einzig und allein an der bis vor kurzem noch bestandenen Zurückhaltung von der gewerkschaftlichen Organisation. Hier ist ja nun eine Besserung eingetreten, und man darf erwarten, daß die Vorwärtsbewegung in der Entlohnung der Arbeit von Dauer sein wird.

Beachtenswert ist die Heimindustrie, die ja im Inland wie im Ausland bekannt ist. Dem Inland ist sie unangenehm, dem Ausland dagegen nicht. Welche rückständige Gesinnung noch unter den Arbeitern herrscht, zeigen folgende Erscheinungen. Eine Anzahl Betriebe, besonders in Rothenkirchen, geben den Arbeiterinnen nach Schluß der Betriebsarbeit Einzieharbeiten mit nach Hause. Die Verkürzung der Arbeitszeit dient dazu, die Heimarbeit noch mehr zu betreiben und den Unternehmern billige Arbeiten zu liefern. Das hat auch dazu beigetragen, daß ein Unternehmer auf der Leipziger Messe mit der groben Einziehware im wahren Sinne des Wortes herumgeschleudert hat. An diesem Zustand tragen die Arbeiter selbst Schuld, die ihre Frauen und Töchter für billiges Geld zu Hause arbeiten lassen. Dann gibt es Arbeiter, die nach Absolvierung der achtstündigen Arbeitszeit in den neuentstandenen Betrieben weiterarbeiten und nun nicht wie früher 10 bis 12, sondern 14 bis 16 Stunden arbeiten.

Der Holzarbeiter-Verband hat schon manchen wieder auf den richtigen Weg geführt, aber es bleibt noch viel zu tun. Im Verlauf der nächsten Zeit wird es eine der Hauptaufgaben der Organisation sein, die Heimarbeit zu bekämpfen. Entweder sie wird beseitigt oder nach den Betriebstarifen entlohnt. Interessant ist es, zu beobachten, wie Arbeiter, die früher über Unterdrückung und Ausbeutung gejammert haben, in dem Moment, wo sie sich selbständig machen, ihre Mitmenschen nach dem bekannten Rezept ausnutzen, und hier zeigt sich so recht der Geist, der in der Arbeiterschaft steckt. Anstatt dem Neuling bei solchem Verhalten gebührend entgegenzutreten, biedern sich ihm soundso viele an. Es bedarf noch vieler, vieler Arbeit, bis wir sagen können, es ist eine wirkliche Gesundung der Schönheider Arbeitsverhältnisse eingetreten.

Soziales.

Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

Im Hinblick auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen hat das Reichsarbeitsministerium am 3. September eine Verordnung erlassen, durch welche die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung neu geregelt wird. Durch diese neue Verordnung werden die den gleichen Gegenstand betreffenden Verordnungen vom 4. Januar, vom 24. Januar und vom 21. Juli 1919 außer Kraft gesetzt.

Die Verordnung bezieht sich auf die Kriegsteilnehmer, als welche diejenigen Personen betrachtet werden, die diese Eigenschaft vor der militärischen Demobilmachung erworben haben. Zu ihnen gehören auch Deutsch-Oesterreicher, die vor dem Eintritt ins Heer ihren Wohnsitz in Deutschland hatten. Auch hinsichtlich der Zivilinternierten werden Deutsch-Oesterreicher, die vorher ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, den Deutschen gleich erachtet.

Durch die Verordnung werden die Arbeitgeber verpflichtet, die Kriegsteilnehmer und Zivilinternierten, die am 1. August 1914 in ihrem Betrieb beschäftigt waren, wieder einzustellen. Die gleiche Verpflichtung gilt gegenüber den Personen, die am 1. August 1914 ihrer Heerespflicht genügten und deshalb aus ihrer früheren Beschäftigung ausgeschieden sind. Die Wiedereinstellungspflicht erstreckt sich auch auf solche Kriegsteilnehmer, die beim Ausbruch des Krieges noch die Schule besuchten, sofern sie von ihrer ersten Arbeitsstelle unmittelbar in den Heeresdienst eingetreten sind. Diese Personen müssen sich, wenn sie auf die Wiedereinstellung reflektieren, binnen zweier Wochen bei ihrem früheren Arbeitgeber melden. Für Personen, die aus der Kriegsgefangenschaft oder der Zivilinternierung zurückkehren, beträgt die Meldefrist sechs Wochen.

Für die schon früher entlassenen Kriegsteilnehmer wird bereits abgelaufene Meldefrist nicht erneuert. Dagegen ist bestimmt, daß für entlassene Kriegsteilnehmer, die der Reichswehr oder der Reichsmarine oder dem Grenzschutz bis zum 6. Februar 1919 (Ausnahme bis zum 21. Februar 1919) beigetreten sind, die Meldefrist mit dem Tage der [illegible]

Entlassung, spätestens aber am 31. März 1920 beginnt. Die Einstellungspflicht gilt auch gegenüber solchen Arbeitern, die nach dem 1. August 1914 ihre Arbeitsstelle gewechselt haben. Die Arbeitgeber, bei denen solche Arbeiter am 1. August 1914 beschäftigt waren, können aber von der Einstellungspflicht entbunden werden. In diesem Fall trifft die Pflicht zur Wiedereinstellung den Arbeitgeber, bei dem der Betreffende zuletzt beschäftigt war. Dieser Arbeitgeber muß aber in erster Linie die am 1. August 1914 bei ihm beschäftigt Gewesenen einstellen. Die Wiedereinstellung bei dem Arbeitgeber, bei dem sie nach dem 1. August 1914 zuletzt beschäftigt waren, können auch verlangen: Kriegsteilnehmer und Zivilinternierte, die am 1. August 1914 entweder stellungslos oder im Ausland oder in Betrieben tätig waren, die später aufgelöst wurden, oder die damals ein selbständiges Unternehmen hatten, das sie infolge des Krieges aufgeben mußten. Ist der Betrieb, der zur Wiedereinstellung verpflichtet ist, in andere Hände übergegangen, dann trifft die Verpflichtung den Rechtsnachfolger oder denjenigen, der den Betrieb tatsächlich fortführt.

Die Wiedereinstellung muß innerhalb zweier Wochen nach der Meldung erfolgen. Der Wiedereingestellte soll tunlichst in der gleichen Weise beschäftigt werden wie vor der Entlassung. War der Betreffende bei der Entlassung noch Lehrling, dann soll er, wenn er den Nachweis der Befähigung dafür erbringt, in der Stellung beschäftigt werden, die er bei regelmäßiger Fortführung der Lehrzeit erreicht haben würde. Dagegen müssen die Wiedereingestellten auch andere Arbeiten übernehmen, die ihnen billigerweise zugemutet werden können. Ueber die Entlohnung heißt es im § 9 der Verfügung: „Die Wiedereingestellten haben Anspruch auf eine Vergütung, die derjenigen entspricht, die den anderen Arbeitnehmern des Betriebs oder Bureaus unter sonst gleichen Verhältnissen gewährt wird." Der Wiedereingestellte kann nur frühestens nach Ablauf von drei Monaten nach der Wiedereinstellung und nur am Ende eines Kalendermonats entlassen werden.

Die Pflicht des Unternehmers zur Wiedereinstellung besteht nicht, wenn die Beschäftigung tatsächlich unmöglich ist oder wenn der Arbeiter nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck eingestellt war. „Welche Arbeitnehmer hiernach nicht wiedereingestellt zu werden brauchen, ist im Benehmen mit der gesetzlichen Arbeitnehmervertretung oder, wenn eine solche noch nicht besteht, mit der Mehrzahl der Arbeitnehmer zu bestimmen." Hier handelt es sich um Aufgaben, die den zu schaffenden Betriebsräten zugedacht sind. Solange diese noch nicht bestehen, soll dafür die Mehrzahl der Arbeitnehmer eintreten. In der Praxis wird diese Funktion wohl von dem Arbeiterausschuß oder dem freigewählten Betriebsrat ausgeübt werden.

Entlassungen zur Verminderung der Arbeiterzahl dürfen nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeiters nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Im Fall der Arbeitszeitverkürzung darf auch der Lohn entsprechend gekürzt werden. Diese Bestimmungen über die Entlassung gelten natürlich nicht nur für Kriegsteilnehmer und Internierte, sondern allgemein. Darüber bestimmt die Verordnung weiter:

„Bei der Auswahl zu entlassender Arbeitnehmer sind zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Ersetzbarkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Verhältnis zu der Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers derart zu berücksichtigen, daß die älteren, eingearbeiteten Arbeitnehmer und diejenigen mit unterhaltsbedürftigen Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind. Das gleiche gilt von ehemals selbständigen Gewerbetreibenden und solchen Arbeitnehmern, die bis zum 1. August 1914 oder später im Ausland tätig waren, sowie von Lehrlingen und Personen, die sich in einer geregelten Ausbildung befinden. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind besonders zu berücksichtigen.

Sofern von der Entlassung gleichzeitig mehr als fünf Personen betroffen werden, ist Zahl und Art der zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer der zuständigen Zentralauskunftsstelle (Provinzialamt für Arbeitsnachweis, Hauptarbeitsamt, Landesamt für Arbeitsvermittlung) oder dem von der Zentralauskunftsstelle bestimmten Arbeitsnachweis vom Arbeitgeber unverzüglich nach dem Ausspruch der Kündigung anzuzeigen."

Die Bestimmung des Betriebsrätegesetzes, nach welcher sich der Arbeitgeber vor jeder Kündigung mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen hat, ist mit der entsprechenden Umschreibung des Begriffs Betriebsrat in der Verordnung vorweggenommen.

Während die Unternehmer in der Entlassung von Arbeitern beschränkt werden, können sie anderseits gezwungen werden, Kriegsteilnehmer und Zivilinternierte einzustellen, und zwar auch solche, die nicht vorher bei ihnen beschäftigt waren. In dieser Hinsicht heißt es in der Verordnung: „Die Demobilmachungsausschüsse sind befugt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Bureaus, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder 12 Angestellte beschäftigen, oder die erst seit dem 1. August 1914 entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern oder reichsdeutschen Zivilinternierten zu verpflichten. Die Einstellung kann auch angeordnet werden zugunsten solcher reichsdeutschen Arbeitnehmer, welche am 1. August 1914 oder später ihren Wohnsitz im Ausland oder in Teilen des Reichsgebiets hatten, die seitdem vom Deutschen Reich abgetrennt oder von fremden Staaten besetzt worden sind, wenn diese Arbeitnehmer [illegible] durch eine fremde Macht an der Rückkehr verhindert werden."

Die Verpflichtung zur Einstellung und Beschäftigung darf sich jeweils nur auf die Dauer von drei Monaten erstrecken, und sie darf auch nur insoweit ausgesprochen werden, als ihre Durchführung nach den Betriebsverhältnissen möglich ist oder durch Arbeitsstreckung möglich gemacht werden kann. Der [illegible] den Fall so, wenn der sich meldenden Ar[illegible] keine Ansprüche gegen den Unternehmer [illegible] Unternehmer, die sich der ausgesprochenen Verpflichtung zur Einstellung entziehen, können für jeden nicht [illegible] mit einer Buße bis zu [illegible] Mark belegt werden.

Weitere Bestimmungen der Verordnung regeln die Beilegung von Streitigkeiten, die sich bei der Durchführung ergeben. Zu ihrer Schlichtung ist der Schlichtungsausschuß zuständig. Ein gefällter Schiedsspruch kann vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt werden. Betrifft der Schiedsspruch die Wiedereinstellung oder Entlassung von Arbeitern, dann kann der Demobilmachungskommissar die Wiedereinzustellenden oder Weiterzubeschäftigenden bestimmen. Seine Entscheidung ist endgültig. Der Demobilmachungskommissar kann auch eingreifen und gegebenenfalls einen Schiedsspruch für verbindlich erklären, wenn es sich um Streitigkeiten über Löhne, Gehälter und sonstige Arbeitsbedingungen handelt.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen aus der Verordnung, die mit ihrer Verkündung in Kraft getreten ist. Sie bezieht sich nicht nur auf die Arbeiter, worunter sowohl die gewerblichen als auch die landwirtschaftlichen und sonstige Arbeiter zu verstehen sind, sondern auch auf die Angestellten aller Art. Die neuen Vorschriften sind zum Teil von recht einschneidender Bedeutung, und sie werden im Wirtschaftsleben noch eine große Rolle spielen.

Giftiger Schnaps.

Infolge der Einschränkung der Produktion und der großen Verteuerung des Produkts ist der Schnapskonsum erfreulicherweise ganz bedeutend zurückgegangen. Ganz ausgerottet ist er aber noch nicht, und anscheinend gibt es Menschen, die aus schnöder Gewinnsucht als Ersatz für Schnaps ein stark wirkendes Gift in den Handel bringen. Der „Reichs-Anzeiger" brachte vor kurzem die folgende Warnung: „Der Bevölkerung werden neuerdings Schnäpse, Kognaks, Bittere usw. angeboten, die infolge unverantwortlichen Vorgehens gewissenloser Hersteller den stark giftigen Methylalkohol enthalten. Schwere Schädigungen der Gesundheit, insbesondere Erblindung, sind nach dem Genuß solcher Erzeugnisse bereits beobachtet worden. Es muß dringend vor dem Genuß von Schnäpsen, die nicht von zuverlässigen Firmen und von vertrauenswürdigen Händlern herrühren, gewarnt werden. Nach dem traurigen Vorgang im Berliner Arbeitslosen-Asyl, bei dem vor einigen Jahren eine Reihe von Todesfällen nach dem Genuß solcher Getränke eingetreten ist, wurde unter Androhung schwerer Strafen durch eine besondere Gesetzesvorschrift verboten, Nahrungs- und Genußmittel, insbesondere Trinkbranntwein so herzustellen, daß sie Methylalkohol enthalten. Es scheint trotz alledem jetzt der Versuch wieder gemacht zu werden, methylalkoholhaltige Getränke in schnöder Gewinnsucht auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bevölkerung in den Verkehr zu bringen."

Am besten schützt man sich vor Vergiftung mit Methylalkohol, wenn man den Schnaps völlig meidet. Bei den abschreckenden Preisen dürfte ein solcher Verzicht nicht sonderlich schwerfallen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 38. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat in seiner Generalversammlung am 10. September dem Reichstarif seine Zustimmung versagt. Dadurch tritt an unsern Verband die Verpflichtung heran, den Bestimmungen des Reichstarifs trotz ihrer Ablehnung durch den Schutzverband Geltung zu verschaffen. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen sind den Ortsverwaltungen und den Gauvorständen ausführliche Anweisungen zugegangen. An alle Mitglieder richten wir das dringende Ersuchen, jetzt strengste Disziplin zu wahren, denn nur so kann die große Aufgabe gelöst werden, vor welche sich unser Verband jetzt gestellt sieht.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Agitation im Bayrischen Wald.

Das Erwachen der Kollegen und Kolleginnen im Bayrischen Wald hat den Hauptvorstand veranlaßt, für die Agitation in diesem Bezirk einen Kollegen freizustellen. Am 1. Juli übernahm ich diese wohl nicht leichte, aber desto dankbarere Aufgabe und möchte an dieser Stelle über meine Eindrücke aus den verschiedenen Orten berichten, die ich auf meiner ersten Tour berührt habe.

Die Tour nahm ihren Ausgang von Straubing und führte mich per Bahn bis Miltach. Von da an ging es per Rad den Weißen Regen entlang zunächst nach Kötzting, wo wohl einige Sägewerke vorhanden sind, doch sind die Kollegen dort teils christlich, teils gar nicht organisiert. Weiter den Regen hinauf befinden sich verschiedene kleinere Betriebe. Die dort Beschäftigten werden nicht nur als Sägewerksarbeiter beschäftigt, sondern auch in der Landwirtschaft. Zur Zeit der Beerenernte und Schwammerlreise, und die ist gerade jetzt, befindet sich ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Wäldern, sich hier oft das Vierfache als in der Holzindustrie verdienend. In Arrach ist eine Spulenfabrik, die dort Beschäftigten wurden organisiert, der Tarif eingereicht. Die Unterhandlung [illegible] zurzeit noch. In Lam haben wir eine gute Zahlstelle mit 150 Mitgliedern, 47 Neuaufnahmen im 2. Quartal. Hier besteht Spielwarenindustrie. Bei drei Firmen ist der Tarif anerkannt, jedoch noch nicht die weitere Vereinbarung vom 3. Juni; dieselbe ist eingereicht. Der Geschäftsgang in der Spielwarenindustrie ist äußerst flau; es wird auf Vorrat gearbeitet.

In Eisenstein war die Versammlung gut besucht; der Tarif ist restlos eingeführt, durch Verhandeln mancher Mißstand beseitigt und eine neue Zahlstelle mit rund 150 Mitgliedern gegründet. Zwiesel, das im 1. Quartal kaum 2 Dutzend Mitglieder zählte, zählt heute deren 333. Die Versammlung war von zirka 600 Personen besucht. Der Tarif ist dort anerkannt und auch bereits durchgeführt. An Zwiesel sind auch die Kollegen von Frauenau, Bettmannsäge und Eisenstein angeschlossen, letztere nur mehr bis Schluß dieses Quartals.

Spiegelau ist restlos organisiert. Sämtliche Vereinbarungen sind durchgeführt. Die Versammlung war infolge der Heuernte verhältnismäßig schwach besucht. Grafenau ist an Spiegelau angeschlossen. Hier fand eine eigne Versammlung statt. Die Kollegen gingen zum Teil bis zu zwei Stunden Weges zur Versammlung. Daran könnte sich mancher Großstadtkollege ein Beispiel nehmen. Dazu sind dort im Walde die Wege keineswegs bequem, sondern eben Waldwege, die nur der Einheimische findet. In der Nähe von Grafenau, in Grubmühle bei Schönberg, erhalten die Kollegen heute noch 45 bis 50 Pf. pro Stunde. Den Unternehmern ist jetzt allerdings der Deutsche Holzarbeiter-Verband gewaltig auf die Bude gerückt. Grafenau wird ab 1. Oktober wieder eigne Zahlstelle, hoffentlich diesmal dauernd.

In Regen gab es eine gute Versammlung. Die Vereinbarung ist anerkannt. Kleinere Differenzen zu schlichten übernimmt der Arbeiterrat am Orte, welcher auch über die Durchführung der Vereinbarungen wacht. In Bodenmais sind erhebliche Lohnerhöhungen in der Zündholzindustrie und der Holznägelfabrikation infolge des guten Organisationsverhältnisses bereits durchgedrückt. In Deggendorf ist das Organisationsverhältnis gut, das gleiche gilt auch für Plattling. In Hengersberg sind die Kollegen an Deggendorf angeschlossen. Die Vereinbarung vom 24. Dezember ist anerkannt. Teurungszulagen aus der Vereinbarung vom 3. Juni sind eingereicht. Am Orte sind nur noch drei Indifferente vorhanden.

Dies in gedrängter Kürze eine Schilderung der Verhältnisse dieses Teiles des Bayrischen Waldes. Die Kollegen dort wissen nun, was der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist, denn nur er allein hat es ihnen möglich gemacht, sich einigermaßen als Mensch zu fühlen; die allerschlechtesten Verhältnisse waren noch bis Dezember 1918 an manchen Orten, und heute noch gibt es solche, wo der Verband noch nicht ist. Doch das Erwachen rauscht durch die Wälder, einer raunt es dem andern zu, dann immer lauter, bis es alle Kollegen gehört haben. Deutscher Holzarbeiter-Verband ist die Parole aller Sägewerker und sonstigen Holzarbeiter des Waldes. Ihr Kollegen, die ihr diese Parole gehört habt, gebt sie weiter, sagt sie allen, allen noch tief im Elend Steckenden; dann verspürt auch ihr den Segen der neuen Zeit, denn dieselbe ist bei vielen noch spurlos vorübergegangen. Von Passau bis Lam, von Straubing bis Eisenstein muß es eine große deutsche Holzarbeiterfamilie werden, mit welcher das Unternehmertum rechnen muß. Darum restlos hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Er wird keine Mühe und Opfer scheuen, euch zu helfen; wendet euch an den für euch aufgestellten Bezirksleiter für den Bayrischen Wald, derselbe wird restlos neben dem Gauvorstand in München eure Interessen wahren.

Florian Schreiblmeier (Straubing).

Berlin. Vor der Gesamtvertrauensmännerversammlung berichtete Kollege Siegle über den Reichstarif. Die Städtekonferenz habe dem Vertrag gegen 7 Stimmen zugestimmt, die örtliche Stellungnahme sei deshalb nur rein formal. Auf der Städtekonferenz mußten die drei Berliner Vertreter gegen die Annahme stimmen. Sie wollten dadurch zum Ausdruck bringen, daß nicht anerkannt wird, dem Kapitalismus eine Lebensverlängerung bis zum 15. Februar 1920 zu gewähren, daß nicht die Revolution zu vertagen ist und daß man keineswegs mit der Verwirklichung des Sozialismus warten kann. Vom Standpunkt des politischen und wirtschaftlichen Rätesystems muß der bürgerliche Parlamentarismus wie jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern abgelehnt werden. Diese Stellungnahme ergab sich aus den Beschlüssen der Vertrauensleute und der Funktionäre. Im Zusammenhang hiermit gab Siegle zugleich den Bericht von den letzten Verhandlungen mit den Berliner Unternehmern. Sie haben jede Aussprache über die Regelung der Durchschnitts- und Mindestlöhne für Berlin über den Reichstarif hinaus abgelehnt, trotzdem feststeht, daß die darin aufgeführten Löhne längst über ein Drittel überholt sind. Die Verhandlungen wurden daraufhin von uns abgebrochen. Wenn man bisher nur aus grundsätzlichen Bedenken gegen den Reichstarif stimmen mußte, so könne man nunmehr überhaupt nicht mehr bereit sein, dem Vertrag seine Zustimmung zu geben. Da jedoch unsere Abstimmung für die Annahme nicht entscheidend ist, müsse man sich der Mehrheit fügen und unter dem Reichstarif mitarbeiten. In der Aussprache erklärte sich nur ein Kollege für den Reichstarif, neun Redner dagegen. Ungefähr 700 anwesende Vertrauensmänner gaben daraufhin ihr Votum dahingehend ab, daß sie mit der Stellungnahme ihrer Vertreter auf der Städtekonferenz und bei der Verhandlung mit den Berliner Unternehmern einverstanden sind. In der Ferienfrage stand die Versammlung auf dem Standpunkt, daß von einem Verzicht auf Erholungsurlaub gegen Bezahlung keine Rede sein könne, sondern jeder von dem Urlaub restlos Gebrauch macht. — Wiederholt melden sich in unserer Zahlstelle Kollegen von außerhalb. Meistens handelt es sich um solche, die dem Ruf von Provinzblättern folgen. In den letzten Tagen waren es das „Bromberger Tageblatt" und das „Stralsunder Tageblatt", die für Berliner Firmen Arbeitskräfte suchten, und zwar mit Erfolg. Wir warnen die Kollegen im Reich vor Zuzug nach Berlin, da es sich bei den in Frage kommenden Betrieben ausschließlich um solche handelt, die von den Berlinern wegen Nichtzahlung der hier üblichen Löhne gemieden werden. Wir tun das um so mehr, als die Gefahr vorliegt, daß die Kollegen ihre Beschäftigung wieder aufgeben müssen, da Arbeitskräfte noch auf dem Nachweis vorhanden sind.

Beuthen (O.-S.). In der Mitgliederversammlung am 7. September gab der Kollege Mikosch, welcher als einziger aus Oberschlesien an der Städtekonferenz teilgenommen hat, den Bericht über die Verhandlungen. Daraus ging hervor, daß wir in die dritte Tarifklasse eingereiht sind, obwohl unser Lohngebiet danach gestrebt hat, wenigstens in die zweite zu gelangen. Verwunderlich ist es, daß nur Beuthen und nicht auch die anderen Zahlstellen eine Einladung zur Städtekonferenz erhalten haben, ja nicht einmal unser Bezirksleiter Koschik. In den Sägereibetrieben ist der Stand der Lohnbewegung der, daß gegenwärtig der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses angerufen worden ist, um als Unparteiischer zu fungieren. Leider ist bis jetzt noch keine Antwort eingegangen, so daß die Kollegen schon sehr ungeduldig sind. Auch ist den Kollegen schwer verständlich, warum der Hauptvorstand die Genehm-

regeltenunterstützung denjenigen Kollegen versagt, welche durch die Sperrung der staatlichen Kohlengruben seitens der Bergpolizei aus den Betrieben gejagt worden sind. Scharf geißelte unser Bezirksleiter diejenigen Kollegen, welche nach beendeter Schicht in anderen Betrieben weiterarbeiten und dadurch den Achtstundentag illusorisch machen. Betreffs der Beiträge wurde beschlossen, daß die Tischler 1,20 Mk., die Sägereiarbeiter 1 Mk. und die jugendlichen und weiblichen Arbeiter 50 Pf. weiterhin zahlen. Viel zur Erheiterung der Kollegen trug ein kommunistischer Kollege bei, welcher unsere Führer und unsere Errungenschaften herunterreißen wollte. Ihm wurde bedeutet, er möchte sich an die Bibliothek des Gewerkschaftskartells halten, um sein Wissen zu bereichern.

Bremen. Die Berichterstattung über die Städtekonferenz hat, wie einer uns zugegangenen Mitteilung zu entnehmen ist, viel Mißstimmung ausgelöst. Die Kollegen waren der Meinung, daß man sich die Verschlechterungen, die der Reichstarif bringt, nicht gefallen lassen werde. Dabei wurde über die Gewerkschaften im ganzen abfällig geurteilt. Die Politik der Tarifverträge bedeute eine Aussöhnung mit dem Kapitalismus. Nachdem sie schon Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern geschlossen haben, ist deren prinzipielle Bekämpfung durch die Gewerkschaften nicht mehr denkbar. Nebenher fielen auch die obligaten Seitenhiebe gegen die Verbandsbeamten, die vermöge ihrer sozialen Stellung eine Oligarchie bilden. Es wurde mit der Gründung von Betriebsorganisationen als Protest gegen die Entwicklung der Gewerkschaften gedroht. Gegen diesen Gedanken wurde jedoch von anderer Seite scharfer Einspruch erhoben und die Notwendigkeit betont, daß dem Verband wieder ein revolutionärer Charakter gegeben werden müsse. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Städtekonferenzen wurde gefordert, daß auf ihnen die Zahlstellen im Verhältnis zu ihrer Größe vertreten sein müßten, damit auf ihnen die werktätigen Kollegen den Ausschlag geben.

Bremerhaven (Schiffszimmerer). In der Sektionsversammlung am 6. September 1919 referierte Kollege Keßler über das Rätesystem. Er gab hierbei der Ansicht Ausdruck, daß der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, wenn er, vielleicht mit einigen Aenderungen, in Kraft tritt, sich zum Nutzen der Arbeiterschaft verwenden lassen werde. In der Diskussion wurde weniger über den Vortrag als über die vielverwünschte Akkordfrage gesprochen. Schließlich wurde die Ortsverwaltung ersucht, den Entwurf über das Betriebsrätegesetz einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und diese Frage der nächsten Holzarbeiterversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Hierauf wies Kollege Schlüter darauf hin, daß auf unserm letzten Verbandstag dem Verbandsvorstand die Bildung einer Zentralkommission der Schiffszimmerer als Material überwiesen sei. Jetzt sei es an der Zeit, daß seitens der Schiffszimmerer an den Verbandsvorstand herangetreten werde, um endlich eine Konferenz einzuberufen, damit auf dieser eine gute Interessenvertretung der Schiffszimmerer in unsrer Organisation gebildet werde. Da aber in Berufsangelegenheiten viele Streitfragen vorliegen und es auch sonst an allen Ecken hapert, wurde beschlossen, den Vorstand zu ersuchen, möglichstbald eine Konferenz sämtlicher Schiffszimmerer unsres Verbands zu veranstalten. Eine rege Debatte entspann sich wegen des Vorhandenseins arbeitsloser Schiffszimmerer in der Zahlstelle, wo doch die Schiffswerften von Hauszimmerer überschwemmt sind. Von allen Rednern wurde betont, daß es jetzt an der Zeit wäre, die Werften von den jüngeren Kollegen dieser Berufsgruppe zu säubern. Weil es nachgewiesen ist, daß das Baugewerbe Hauszimmer- und Mauerleute sucht und keine bekommen kann, ist es unsern Obleuten anheimgegeben worden, mit den Betriebsräten die schärfsten Maßregeln in dieser Sache zu treffen.

Edenkoben. Jetzt sind auch wir endlich soweit, daß fast jeder Kollege organisiert ist. Seit der Demobilmachung gab es aber auch eine Menge neu zu regeln. Besonders dringend war die Steigerung der Löhne. In der Möbelfabrik Niederhofer hat man es meisterhaft verstanden, die Zuschläge, die überall im Reich gezahlt wurden, immer erst ein Jahr später und nur zum Teil zu zahlen, so daß am Kriegsende ein Lohn von durchschnittlich 90 Pfennig zu verzeichnen war. Bei der ersten Lohnbewegung im Februar wurde der Lohn dann auf durchschnittlich 1,18 Mark gebracht und bei der zweiten im Mai auf durchschnittlich 1,72 Mark und dabei die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Aber das Materielle war noch nicht allein der Grund zum Verbandsbeitritt. Auch die Behandlung der Kollegen ließ recht viel zu wünschen übrig. Daß es in dieser Hinsicht für uns besser wird, das liegt an dem festen Zusammenhalt und dem Eintreten für unsern Verband und am guten Versammlungsbesuch. Wir haben dann noch einen größeren Betrieb am Platze, nämlich die Gewehrschäftefabrik des Kommerzienrats Schneider. Hier übersteigt der Höchstlohn heute noch nicht 9 Mark pro Tag, und das bei den Riesengewinnen der Firma. Aber dessen Chef gibt lieber 10000 Mark für neue Glocken, um sich einen besseren Sitz im Himmel zu sichern, als daß er seinen Arbeitern einen auskömmlichen Lohn gibt. Aber auch hier geht es jetzt vorwärts, so daß bald an eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herangetreten werden kann. Hier ist der Herr Rat selbst der Antreiber. Von früh bis spät erklingt dessen „Hopp, Hopp" in der ganzen Fabrik. Wird doch noch bis 8 und 9 Uhr abends gearbeitet. Hier ist auch alles noch auf dem Duzfuße, d. h. nicht die Arbeiter mit dem Herrn Rat, sondern nur der Herr Rat mit den Arbeitern. Von unsrer Seite wird fest zugegriffen werden müssen, um zeitgemäße Verhältnisse zu schaffen.

Freising. Unsere Zahlstelle ist in fortschreitender Entwicklung begriffen und zählt jetzt bereits 116 Mitglieder. Die Verwaltung ist bemüht, den Zusammenhalt der Kollegen zu fördern und die Versammlungen interessant zu gestalten. Sie finden künftig an jedem ersten Samstag im Monat statt.

Gelsenkirchen. Am 1. September starb infolge Lungenkrebs der Vorsitzende unserer Zahlstelle, Kollege Heinrich Simmermann, im Alter von 36 Jahren. Der Verstorbene hat unsere Zahlstelle mehrere Jahre hindurch geleitet, und seiner Umsicht und Tatkraft ist es zu danken, daß wir heute die Stelle einnehmen, die wir ohne seine Führung vielleicht nicht erreicht hätten. In den Kriegsjahren war es hier sehr schwer, noch einige Mitglieder durch die schwere Zeit hindurchzuschleppen. Obgleich alles drohte, in die Brüche zu gehen, verstand es Kollege Simmermann, die übriggebliebenen Kollegen zusammenzuhalten, so daß wir nicht genötigt waren, hier in dem schwarzen Gebiet nach dem Krieg wieder von vorn anzufangen. Die hiesigen Kollegen werden dem Verstorbenen ein bleibendes Andenken bewahren. Die zahlreiche Beteiligung der Kollegen an dem Begräbnis legte Zeugnis ab von der Liebe und Achtung, die er sich bei den Kollegen erworben hat.

Hildesheim. (Modelltischler.) Im April d. J. gründeten wir hier eine Sektion der Modell- und Fabriktischler. Bereits zweimal haben wir nach der Zentralbranchenkommission berichtet, um eine Verbindung mit derselben zu erhalten, aber bisher ist noch keine Antwort eingegangen. Deshalb müssen wir uns auf diesem Wege melden. Wir sind auch der Ansicht, daß eine Reichs- oder Bezirkskonferenz einberufen werden müßte. Es könnte dort so manches beraten und für die Modelltischler getan werden. Der Reichstarif für das Holzgewerbe ist abgeschlossen, aber für uns Modelltischler ist keine Richtung und Regelung vorhanden. Bisher waren wir fast immer von den Metallarbeitern abhängig. Sollte es nicht möglich sein, daß auch der Holzarbeiter-Verband in unsern Betrieben Einfluß gewinnen könnte?

Ketzin (Havel). In der am 7. September abgehaltenen Mitgliederversammlung befaßten wir uns hauptsächlich mit der Aufstellung des neuen Lohntarifs bei der Holzwarenfabrik H. Saß. Der Tarif soll sich dem neuen Reichstarif anpassen und am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Auch die bei der Firma beschäftigten organisierten Metallarbeiter werden sich mit der Tariffrage befassen, um dann geeint vorzugehen. In der demnächst stattfindenden Versammlung müssen alle Kollegen und Kolleginnen erscheinen, um ein klares Bild von der ganzen Sachlage zu erhalten. Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt an jeden dritten Sonntag im Monat im Lokal von Matschos statt.

Klingenthal (Sa.). Der Saitenfabrikant Künzel in Markneukirchen ist kein Freund der freien Gewerkschaften. Das würden wir ihm auch nicht übelnehmen, wenn er sich, wie andere Unternehmer auch, mit den Tatsachen abfinden und die freien Gewerkschaften anerkennen würde. Statt dessen hat er auf eine beispiellos dreiste Weise seine Arbeiter aus der Organisation herausgeraubt. Seine gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich vor einiger Zeit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angeschlossen. Das paßte dem Herrn Künzel nicht, und er sann auf Mittel, die verpönte Organisation in seinem Betrieb zu zertrümmern. Am 9. August wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Betrieb zusammengerufen. Die Frau Künzel, die anscheinend im Geschäft mehr zu sagen hat als der Inhaber selbst, hielt eine Ansprache an die Arbeiter und versuchte, sie von der Zwecklosigkeit der Organisation zu überzeugen. Die Dame sang dabei das alte Lied vom guten Herzen der Fabrikanten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen. Dazu aber bedürfe man der Gewerkschaft nicht; die Beiträge seien hinausgeworfenes Geld usw. Am Schluß der Ansprache machte Frau Künzel den Arbeitern folgendes Angebot: Wer durch Unterschrift seinen Austritt aus der Organisation erklärt und sich ferner verpflichtet, innerhalb eines Jahres keiner Organisation beizutreten, erhält von der Firma 50 Mark, jede Arbeiterin 25 Mark. Man hätte erwarten sollen, daß die Arbeiter mit Ekel und Abscheu das Angebot des Unternehmers zurückgewiesen hätten. Weit gefehlt. Die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes, weit über hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, haben den Judaslohn eingesteckt und mit dieser schäbigen Handlung nicht nur ihre, sondern auch die Interessen der gesamten organisierten Arbeiterschaft von Markneukirchen verraten. Nicht nur im Orte selbst, sondern in weiter Umgebung davon hat dieses Vorkommnis Befremden und Erbitterung hervorgerufen. Ueber den Unternehmer sowohl, der sich ohne Skrupel über das gesetzlich gewährleistete Recht der Arbeiterschaft hinwegsetzt, noch mehr aber über solch tiefrückständige Arbeiter, die um lumpige 50 Mark ihr heiligstes Recht an einen profitwütigen Unternehmer verkauft haben, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen ihrer übrigen Klassengenossen zu nehmen. Wir sind trotz alledem fest davon überzeugt, daß es auch bei diesen Arbeitern noch einmal dämmern wird; die Not der Zeit wird ihnen erbarmungslos den richtigen Weg zeigen. Hoffentlich nicht erst, wenn es für diese Irregeleiteten zu spät ist. Herrn Künzel werden wir von einer andern Seite anweisen lassen, was er zu tun und zu lassen hat; damit er in Zukunft weiß, wie er sich zu verhalten hat und sich nicht um Dinge kümmert, die ihn absolut nichts angehen.

Neu-Oetting a. Inn. Durch die Vereinbarung mit den Unternehmern haben wir eine ganz annehmbare Erhöhung der Löhne erzielt. Nun müssen wir darauf bedacht sein, die Vereinbarung überall durchzuführen und ihre Innehaltung zu überwachen. Es ist notwendig, vor der Arbeitsaufnahme bei dem Bevollmächtigten, Kollegen Ludwig Demmer, Ludwigstr. 110, Auskunft über die Verhältnisse einzuholen.

Pyritz. Unsere Zahlstelle erfreut sich eines starken Mitgliederzuwachses, etwa 80 Kollegen gehören bereits unserm Verband an. Allerdings sind darunter manche, die glauben, daß es genüge, Beiträge zu zahlen. Notwendig ist es aber, daß sich alle an dem Verbandsleben beteiligen. Es ist nicht zuviel verlangt, wenn erwartet wird, daß in den monatlich einmal stattfindenden Versammlungen alle Kollegen erscheinen. Dieser Zusammenhalt stärkt unsere Kraft und macht es uns möglich, unsere Aufgabe richtig zu erfüllen.

Stettin. (Stellmacher.) Nachdem unsere Kollegen fast vollzählig aus dem Feld heimgekehrt waren, haben wir eine rege Agitation entfaltet. Für alle Kollegen bestehen mehr oder weniger feste Vertragsverhältnisse. In der Motorwagenfabrik wurde Ende April ein neues Abkommen getroffen, das, wenn auch noch nicht in allen Teilen mustergültig und fehlerfrei, so doch in vielen Punkten gegenüber Verträgen ähnlicher Betriebe bedeutende Vorzüge und Vorteile aufweist. In der Wagenfabrik von Uffing haben unsere Kollegen allmählich den Mindeststundenlohn auf 2,30 Mk. erhöht. Auch in der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, wo der Lohn von jeher sehr gering war, beträgt dieser heute 2 Mk. Am 20. August wurde ein Vertrag mit der Stellmacherinnung abgeschlossen, der für Gesellen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit einen Mindestlohn von 1,90 Mk. vorsieht, für alle übrigen Gesellen 2,20 Mk. pro Stunde. Bei dieser Gelegenheit wurden lebhafte Klagen der Meister darüber laut, daß der berufliche Nachwuchs aus der Provinz, der nach der Großstadt kommt, äußerst mangelhaft vorgebildet ist. Obwohl dies nicht unsere Schuld ist, möchten wir doch an unsere Kollegen die dringende Bitte richten, dem Lehrlingswesen ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Nicht nur dies, sondern eine lebhafte organisatorische Tätigkeit unserer Kollegen ist erforderlich, denn die pommerschen Stellmachermeister sind dabei, ihre Organisation auszubauen. In einer Konferenz der Vertreter der Stellmacherinnungen, die am 25. August in Belgard tagte, waren alle namhaften Orte vertreten. Es wurde beschlossen, für Pommern einen Bezirksverband des Bundes deutscher Wagenbauer- und Stellmacherinnungen zu schaffen. Die Konjunktur in unserm Gewerbe ist günstig. Leider fehlen uns die so notwendigen Verbindungen mit den Kollegen an anderen Orten und somit auch die Kenntnis der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Knappe statistische Umfragen wären möglich, die in kurzen Zwischenräumen erhoben, verarbeitet und den in Betracht kommenden Orten zugesandt werden müßten. Fragt sich nur, von welcher Stelle dies geschehen soll. Die Zentralkommission der Stellmacher besteht anscheinend nicht mehr. Es existiert davon wohl nur noch der Stempel und der mehr oder weniger gute Wille des Kollegen Fuhrmann. Es scheint auch in Berlin wenig Neigung zu bestehen, diese noch einmal ins Leben zu rufen, sonst hätte man es pflichtgemäß schon tun müssen. Geschehen muß aber etwas, denn bis die Industrieräte praktische Arbeit für uns schaffen, dürfte etwas lange dauern.

Unsere Lohnbewegung.

In **Aichach**, einer neuen Zahlstelle in der Nähe von Augsburg, sind die Arbeiter eines Sägewerks am 3. September in den Ausstand getreten.

In **Drake** sind 25 Kollegen an einem Streik auf zwei Werften des Orts beteiligt, der darin seinen Ursprung hat, daß kürzlich der Schlichtungsausschuß den Arbeitern dieser zwei Betriebe einen Stundenlohn von 2 Mk. zugesprochen hat, während eine andere als besser rentierend bezeichnete Werft 2,20 Mk. zahlt. Die Streikenden fordern Gleichstellung auf den höheren Satz, da sie ja unter den gleichen Verhältnissen leben. Der Schlichtungsausschuß ist deshalb jetzt erneut angerufen.

In **Bremen** haben die Hansa-Lloydwerke ihre gesamte 3600 Mann zählende Belegschaft am 8. September 1919 ausgesperrt, weil die Hilfsarbeiter wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt hatten. An der Aussperrung ist auch eine Anzahl unsrer Kollegen beteiligt.

In **Dresden** sind am 8. September die Stellmacher der Innungsbetriebe in den Streik getreten. Bereits im Juni waren der Innung die Forderungen der Gesellen überreicht worden, die auf Anerkennung der im übrigen Holzgewerbe bereits üblichen Löhne und der 46stündigen Wochenarbeitszeit hinausliefen. Was Tischlerinnung und der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe zugestanden und durchgeführt haben, wurde von der Stellmacherinnung abgelehnt, während einige außerhalb der Innung stehende Betriebe die Forderungen anerkannten.

In den **Lippeschen Zahlstellen Detmold, Lage, Lemgo und Salzuflen** sind die Kollegen der Tischlereibetriebe am 8. September mit über 1000 Mann in den Streik getreten, um die im Reichstarifentwurf festgesetzten Arbeitsbedingungen zu erreichen. Verhandlungen mit den Unternehmern dieser Orte, die gemeinsam mit denen von Herford und Oeynhausen in Herford gepflogen wurden, führten trotz dreitägiger Dauer zu keinem Ergebnis.

In **Genthin, Altenplathow und Brettin**, drei Orten in der Altmark, sind die zusammen etwa 40 Kollegen der vier Flußschiffswerften wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

In **Gera** haben sich die Tarifverhandlungen zerschlagen. Die Unternehmer sind aus dem Schutzverband ausgetreten und wollen sich eine Extrawurst braten; sie meinen, unsere Kollegen würden zu bedeutend ungünstigeren Bedingungen arbeiten als die Kollegen in anderen Orten. Diesmal haben sie sich verrechnet. Mehrmalige Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Unsere Kollegen stellen sich auf den Boden des Reichstarifs und sind gewillt, ihn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen. In einigen Betrieben wurde bereits die Arbeit eingestellt.

In **Großbreitenbach i. Thür.** stehen seit dem 4. September die etwa 60 Kollegen der zwei Sägewerke im Streik. Sie forderten Versetzung des Orts in die 2. Klasse des Thüringer Sägertarifs mit 1,50 Mk. Stundenlohn für Schneidemüller, 1,40 Mk. für Maschinenarbeiter und 1,30 Mk. für Platz- und Hilfsarbeiter. Unter dem Druck ihrer Organisation wollten aber die Unternehmer nur die niedrigere dritte Ortsklasse zugestehen, obgleich sie persönlich weitergehende Zugeständnisse als möglich zugaben.

In **Guben** ist es in einer Korbmacherei wegen Anerkennung des neuen Branchentarifs zu Differenzen gekommen.

In **Gumbinnen** dauert der Streik in den Vereinigten Maschinenfabriken fort. Die Firma hat sich zwar inzwischen bereit erklärt, einen ergangenen Schiedsspruch anzuerkennen, doch will sie 35 der Streikenden, dabei 4 Holzarbeiter, nicht wieder einstellen. Die Streikenden lehnten unter diesen Umständen die Arbeitsaufnahme ab.

In **Hohenlychen** schweben Differenzen bei der Firma Köppen, Baugeschäft und Sägemühlenbetrieb. Der Firma paßt es nicht, daß der Betriebsrat im Sinne der Kollegenschaft wirkt. Ein Mitglied des Betriebsrats ist bereits gemaßregelt worden, und nun sucht die Firma durch Inserate Gatterschneider, um auch die anderen unbequemen Betriebsratsmitglieder an die Luft setzen zu können. Es wird gebeten, diesen Anzeigen die erforderliche Beachtung zu schenken.

In **Ilmenau i. Thür.** haben die Tischler durch zweitägigen Streik die Gewährung einer Teuerungszulage erreicht.

In **Köln** ist der Streik der Parkettleger nach zweiwöchiger Dauer beigelegt worden. In Verhandlungen mit dem Packetttarifamt als Vertreter der rheinisch-westfälischen Parkettunternehmer, die in Düsseldorf stattfanden, wurden die von den Kollegen geforderten neuen Akkordpreise im wesentlichen zugestanden. Die Unternehmer versprechen, in ihrer Generalversammlung für die Gewährung von drei Tagen Ferien noch in diesem Jahr einzutreten. Die Regelung dieser Frage ist in diesem Beruf hier dadurch besonders erschwert, daß die einzelnen Kollegen kurzfristig für die verschiedenen Unternehmer arbeiten. Trotzdem soll ein Modus zur Verrechnung gefunden werden.

In **Krefeld** ist es am 8. September zum allgemeinen Ausstand in den Tischlereien gekommen. Die Kollegen standen seit Wochen in Verhandlungen um 40 Pf. Zulage auf den Stundenlohn. Die Unternehmer glaubten aber, über 20 Pf. nicht hinausgehen zu können und boten statt des geforderten Durchschnittslohns einen Höchstlohn von 2,80 Mk. Eine Einigung auf gütlichem Wege war deshalb nicht zu erreichen.

In **Kötzschenbroda** stehen die Korbmacher nunmehr schon fünf Wochen im Lohnkampf, ohne daß eine annehmbare Verständigung möglich war.

In **Langensalza** ist nunmehr auch der Streik der Tischler und der Stellmacher der Maschinenfabrik beendet, nachdem eine Verständigung über die Vertragslöhne erfolgt war.

In **Liebenwerda** haben die Tischler Lohnforderungen gestellt, die von einigen Betrieben bewilligt wurden, während andere es jetzt zum Streik kommen ließen.

In **Lorch i. Württbg.** war es nun endlich durch Verhandlungen möglich, dem allgemeinen Tarifvertrag für die Stockindustrie auch in der dortigen Stockfabrik in seinen wesentlichen Bestimmungen zum 1. Oktober 1919 Rechnung zu tragen. Die Firma steigert bis dahin die Löhne in 3 Staffeln (davon 2 rückliegend) um insgesamt 45 Pf. pro Stunde bei männlichen und 30 Pf. bei weiblichen Beschäftigten.

In **Rogätz a. d. Elbe und in Nienburg a. S.** haben die Kollegen dreier Binnenwerften die Arbeit eingestellt, nachdem gemeinsame Verhandlungen über geforderte Lohnaufbesserungen zu keinem Ergebnis geführt hatten.

In **Schötmar** wurde der Streik in der Kamm- und Haarschmuck-Industrie nach dreiwöchiger Dauer erfolgreich beendet. Es wurden Zugeständnisse gemacht, durch welche ein Mehrverdienst von etwa 15 bis 20 Mark pro Woche erzielt wird. Auch in Lippe haben die Arbeitgeber einsehen müssen, daß nach dem 9. November ein andrer Geist durch die Arbeiterschaft weht.

In **Soldau (Ostpr.)** haben die Kollegen von drei Sägewerken und drei Tischlereien die Arbeit eingestellt.

In **Stralsund** befinden sich die Tischler bei der Luftfahrzeug-Gesellschaft im Ausstand.

In **Wesel** stehen die Kollegen seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung, um dem für den Bezirk abgeschlossenen Vertrag Anerkennung zu verschaffen. Die örtliche Tischlerinnung und der für einige Geschäfte maßgebende Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sträuben sich vorläufig noch, in der Lohnhöhe und der Feriengewährung den neuen Bestimmungen zu entsprechen.

Aus der Holzindustrie.

Ein streikender Unternehmer.

Die Firma Ludwig Bauer, Faßfabrik und Dampfsägewerk in Oderberg (Mark), hat ihre Arbeiter entlassen und den Betrieb eingestellt. An Aufträgen fehlt es der Firma nicht, aber sie sind ihr anscheinend nicht lohnend genug. Deshalb legt sie den Betrieb still und setzt die bisher bei ihr beschäftigt gewesenen 26 Sägereiarbeiter auf die Straße. Die Firma Bauer hat für die Berliner Firma Pf. Lohnschnitt auszuführen auf Grund eines Werkvertrages vom Jahre 1918. Ein Teil des Holzes ist geschnitten, aber etwa 1500 Festmeter Rundholz harren noch der Bearbeitung. Sie bleiben liegen, weil sich die auftraggebende Firma weigert, die geforderte Erhöhung des Schnittpreises in vollem Umfang zu bewilligen.

Der Streit der beiden Unternehmer würde uns nicht interessieren, desto mehr aber das Schicksal der Arbeiter, die als schuldlose Opfer auf die Straße gesetzt worden sind. Unser Berliner Gauvorsteher hat sich der Sache angenommen und sich im Interesse der Bauerschen Arbeiter an die Firma Pf. gewandt. Deren Inhaber hat sich auch bereit erklärt, einen höheren Preis zu zahlen, doch ist der von ihm bewilligte Zuschlag nur etwa halb so hoch wie die Forderung von Bauer. Der Gauvorsteher hat dann die Vermittlung des Demobilmachungsausschusses Angermünde angerufen. Dessen Vorsitzender hat sich auch der Sache angenommen, aber keinen Erfolg erzielt. In dem Brief, den der streikende Unternehmer an den Vorsitzenden des Demobilmachungsausschusses gerichtet hat, heißt es:

„Antwortlich Ihrer Zuschrift vom 23. August bedaure ich, die Hölzer für Herrn Wilhelm Pf. nicht weiter zu den vereinbarten Lohnsätzen zu schneiden, noch mich mit einem hingeworfenen Gnadengeschenk von 1,50 Mk. pro Festmeter einverstanden zu erklären.

Ich habe ihn in aller Freundschaft gebeten, wenigstens die neuerliche Lohnerhöhung zu bewilligen, darauf keine Antwort, nur sein Rechtsanwalt drohte mit Klage, wenn ich es nicht bei der alten Vereinbarung lasse. Haben die Arbeiter und Kohlengewerkschaften das Recht, durch Streiks die Löhne zu erhöhen, so muß doch rechtlich dem Lohnvertrag — und um einen solchen handelt es sich doch — ein gleiches Recht zustehen. Ich streike weiter, bis die Löhne gezahlt werden und nicht nur die erstere neuerliche Lohnerhöhung. Ich habe jeden Monat über 10 000 Mk. draufgezahlt und mein [illegible] verdientes Geld hineingesteckt, werde dies nicht weiter tun, um meine Existenz aufs Spiel zu setzen, komme es, wie es wolle. Ich werde Herrn Pf. davon verständigen.

Ludwig Bauer."

Der Vorsitzende des Demobilmachungsausschusses hat unserem Gauvorsteher von diesem Schreiben Kenntnis gegeben mit dem Hinzufügen, daß der Demobilmachungsausschuß nicht in der Lage sei, die [illegible] bzw. Wiederaufnahme des Bauerschen Fabrikbetriebes zu erzwingen.

Für die Haltung des streikenden Unternehmers haben wir volles Verständnis. Er tut im wesentlichen das gleiche, was die Arbeiter tun, um einen höheren Lohn zu erzwingen: er stellt die Arbeit ein. Er hat offenbar in dem Vertrag einen festen Preis vereinbart, ohne zu erwägen, daß mit der fortschreitenden Teuerung auch die Betriebskosten steigen. [illegible]

mühen, Arbeitsgelegenheit herbeizuschaffen, da kann es einem einzelnen Unternehmer nicht gestattet werden, aus Eigensinn seinen Betrieb stillzulegen, obwohl noch reichlich Aufträge vorliegen. Die Frage, ob die Forderung Bauers an seinen Auftraggeber berechtigt ist, mögen die Gerichte entscheiden. Aber der Betrieb darf deshalb nicht stillgelegt werden. Die Möglichkeit, die Wiederaufnahme des Betriebs, ob mit oder ohne den seitherigen Besitzer, zu erzwingen, muß gegeben sein. Reichen die vorhandenen Gesetze dazu nicht aus, dann muß auf dem schnellsten Wege für Abhilfe gesorgt werden. Der Stand unserer Volkswirtschaft gestattet es nicht, einzelnen Unternehmern einen Freibrief auszustellen für die Sabotierung unseres Wirtschaftslebens.

Der Frankfurter Bürstenmachertag.

-tz. Wie die „Bürsten-, Pinsel- und Kammacher-Zeitung" in Nr. 17 mitteilt, hat in Frankfurt a. M. eine Tagung der Bürstenmacherinnungen stattgefunden. Groß und breit werden da die erlebten Freuden und Genüsse geschildert, aber von den Verhandlungen über die Berufsangelegenheiten erfährt man da recht wenig. Sie müssen auch nicht von Bedeutung gewesen sein; denn es wird gesagt, daß der Hauptpunkt der Tagesordnung der Reichslohntarif gewesen sei, der eingehend besprochen und einer siebengliedrigen Kommission zur Beratung überwiesen wurde. Das Ergebnis dieser Beratung hat der Versammlung nach dem Bericht sehr viel Freude bereitet. Hoffentlich können sich auch die Arbeiter über das Ergebnis freuen. Die Verhältnisse bei den Meistern sind ja vielfach noch so, daß sie jeder Beschreibung spotten. Auch uns sollte es freuen, wenn der Frankfurter Tag hier veredelnd gewirkt hätte. Wenn der Mahnung des Berichterstatters Beachtung geschenkt wird, daß alle Kleinbetriebe sich zusammenschließen sollen (denn nur mit zusammengeschlossenen Verbänden könne verhandelt werden), dann ist auch der Zeitpunkt gekommen, wo die Zerfahrenheit der Selbständigen im Bürstenberuf aufhört und an eine ernsthafte Aufwärtsbewegung zu denken ist. Aber nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiter, deren Lage heute tief unter die der Korbmacher gesunken ist.

Verband der Holzindustriellen in den schlesischen Gebirgen.

Unter diesem Titel hat sich kürzlich eine neue Unternehmerorganisation gebildet. Ihr Syndikus ist Dr. Schermann in Hirschberg. Der Verband erstreckt sich auf sämtliche Zweige der Holzindustrie aller schlesischen Gebirge sowie der angrenzenden Kreise; er stellt sich die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu schützen. Für unsere Kollegen wird das ein weiterer Ansporn sein, unsere Reihen noch mehr zu stärken, denn Lohnkämpfe werden uns auch mit diesem neuen Verband nicht erspart bleiben, was sich schon bei der Durchführung des mit dem Arbeitgeber-Schutzverband abgeschlossenen Reichstarifs zeigen dürfte.

Die holländischen Holzarbeiter zum Rücktritt Leiparts.

Das Organ des Niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes, „Ons Vakblad", berichtet, daß Leipart zum württembergischen Arbeitsminister berufen ist, und bemerkt dazu:

„Für unsern deutschen Bruderverband bedeutet das einen schweren Verlust. Aber auch für uns ist diese ehrenvolle Berufung nicht ohne Bedeutung, da Leipart auch Sekretär unserer Internationalen Union der Holzarbeiter und Redakteur unseres internationalen „Bulletin" ist. Für die internationale Verbindung der organisierten Holzarbeiter hat Leipart viel getan, und es wird ohne Zweifel allgemein als ein großer Verlust empfunden, daß bei den jetzt wieder begonnenen Versuchen zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen die Arbeitskraft und die Initiative Leiparts vermißt werden soll. Wir wünschen Leipart viel erfolgreiche und glückliche Arbeit bei dem großen Werk, das er im Interesse der Arbeiterklasse auf sich genommen hat. Wir sprechen dabei die Hoffnung aus, daß er sich dadurch nicht ganz von unserer Internationalen Union losmachen wird."

Gewerkschaftliches.

Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Ausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (so heißt bekanntlich nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Versammlung der Vertreter der Verbandsvorstände) hielt am 19. und 20. August seine zweite Sitzung ab. Dem hierüber veröffentlichten Bericht entnehmen wir, daß die Kommission, die den Satzungsentwurf für den Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hat, mit der Aufstellung eines Reglements für die Umgestaltung der Gewerkschaftskartelle und Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt wurde. An die Stelle Leiparts wurde unser Kollege Neumann in diese Kommission gewählt.

Danach beschäftigte sich der Ausschuß erneut mit der Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den vom Reich abzutrennenden östlichen Gebieten. In Westpreußen (Bromberg) hat sich bereits ein Gewerkschaftsbund gebildet. Eine Verständigung mit den Gewerkschaftsgenossen in Posen war bisher nicht möglich. Neuerdings hat sich ein Bericht ermöglichen lassen. Die Posener Genossen wünschen eine Vertretung in diesem Gewerkschaftsbund sowie die Herausgabe der Materialien und des Gewerkschaftsorgans auch in polnischer Sprache sowie die Veranstaltung eines Kongresses, zu dem auch die Warschauer Zentrale sowie ein Vertreter der Zentrale Galiziens hinzugezogen würden. Diesen Wünschen soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

Auf Anregung der Unternehmerseite der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nahm der Ausschuß Stellung zu der Frage eines einheitlichen Abschlusses von Tarifverträgen in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrerer Berufe beschäftigen. Diese Anregung wurde unterstützt von dem Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes, der die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Tarifvertrages im Bergbau schildert und das Verlangen erhebt, es möge immer die größte Organisation mit dem Abschluß eines Tarifvertrages betraut werden. Von den Vertretern der anderen Verbände wurde diesem Verlangen widersprochen. Der Ausschuß nahm folgende Entschließung an:

„Die Organisation der Gewerkschaften Deutschlands ist aufgebaut auf Berufen. Diese Organisationsform hat sich auch bei dem gegenwärtigen Stande der industriellen Entwicklung durchaus bewährt. Ist die Organisation beruflich gestaltet, so muß auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beruflich erfolgen, und zwar möglichst in der Form von Reichstarifen.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung von Tarifverträgen in Betrieben ergeben, wo mehrere Berufsgruppen in Frage kommen, kann bei aller Wahrung obigen Grundsatzes der Abschluß sogenannter Rahmenverträge, das heißt solcher, die das Lohngebiet nicht berühren, ins Auge gefaßt werden. Vor der Einleitung derartiger Tarifverhandlungen hat eine Verständigung zwischen den beteiligten Berufsverbänden stattzufinden, mit der Maßgabe, daß allen das Recht verbleibt, an den Verhandlungen teilzunehmen und für ihre Berufsangehörigen rechtsverbindlich abzuschließen. Bestehende Tarifvereinbarungen werden hiervon nicht berührt."

Die Generalkommission ist mit der Gesamtorganisation der deutschen Beamtenschaft, dem „Deutschen Beamtenbund", in Fühlung getreten zwecks gewerblicher Umgestaltung des letzteren. Bei den führenden Personen bestand Neigung dafür, und der Beamtenbund hat inzwischen auch eine Satzungsänderung in gewerkschaftlichem Sinne vorgenommen. Indessen unterhält der Deutsche Beamtenbund zurzeit einen Fonds für die Wahl von Beamtenvertretern zur Nationalversammlung und zu anderen politischen Vertretungen, angeblich ohne Rücksicht auf deren Parteistellung. Dies muß als ein Gegensatz zur parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, wie sie der Nürnberger Gewerkschaftskongreß beschlossen hat, erscheinen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß daher Bedenken tragen, den Deutschen Beamtenbund als Gewerkschaft anzuerkennen, und wird aus dieser seiner Stellungnahme kein Hehl machen. Dieser Auffassung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes schloß sich der Ausschuß einhellig an. In der Frage des Streikrechts der Beamten vertrat der Ausschuß den seither stets betonten Standpunkt, daß den Beamten das Streikrecht wie jedem anderen Arbeitnehmer zustehen müsse.

Nach dem Bericht über die Neugestaltung der Satzung der Zentralarbeitsgemeinschaft sieht diese die Begründung von folgenden 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die Industrie und Gewerbezweige vor: 1. Eisen- und Metallindustrie, 2. Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 3. Baugewerbe, 4. Textilindustrie, 5. Bergbau, 6. Industrie der Steine und Erden, 7. Holzgewerbe, 8. Bekleidungsindustrie, 9. Papierfach, 10. Lederindustrie, 11. Transportgewerbe, 12. Glas- und keramische Industrie, 13. Chemie und 14. Oele und Fette. Die Reichsarbeitsgemeinschaften sollen sich bis spätestens Mitte September konstituiert haben, so daß der Zentralausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft anfangs Oktober zusammentreten kann. Einwendungen gegen die Satzung wurden nicht erhoben. Dem Wunsch der Handwerksorganisationen, eine besondere Gesamtarbeitsgemeinschaft bilden zu dürfen und als solche sich der Zentralarbeitsgemeinschaft anschließen zu können, stimmte der Ausschuß nicht zu.

Der Beitrag der Gewerkschaften zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für das Jahr 1919 soll nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Jahres 1919 berechnet werden. Zur Organisation des Bundesvorstandes teilte Legien mit, daß die bisherigen Räume der Generalkommission sich als unzureichend erwiesen hätten und gegen größere vertauscht werden müssen. Er erläuterte die geplante Geschäftsverteilung, gegen welche Bedenken im Ausschuß nicht erhoben wurden. Der von der Gehälterkommission unterbreiteten Vorlage über die Regelung der Gehälter für die im Bureau des Bundesvorstandes beschäftigten Beamten und Hilfsarbeiter sowie über die Ferien und Sitzungsgelder stimmte der Ausschuß zu.

Ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Bundesvorstand ersucht die Gewerkschaften um zuverlässige und möglichst beschleunigte Berichterstattung über Arbeitsstreitigkeiten. Das Schreiben wird den Gewerkschaften zur Kenntnis gebracht. Ein weiteres Schreiben des Reichsarbeitsministers weist auf die Ursachen der Kohlennot hin. Nach Mitteilungen Legiens hat sich auch der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit dieser Frage befaßt. Er empfiehlt eine angemessene Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter unter Tage gegenüber anderen Arbeitergruppen und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, wofür größere Fonds zur Verfügung gestellt werden sollten. Von letzterem Vorschlag wurde Abstand genommen, doch soll für eine erhöhte Löhnung der Bergarbeiter unter Tage Propaganda gemacht werden, um dem Bergbau mehr Arbeitskräfte zuzuführen. Während der Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes über eine allmähliche Steigerung der Förderungsziffern in der Steinkohlenerzeugung berichten konnte, liegen nach Mitteilungen Brunners die Verhältnisse im Eisenbahnwesen und in der Lokomotivfabrikation unsäglich traurig. Auch nach anderen Erklärungen liegt die Hauptursache der Kohlennot in den immer mehr überhandnehmenden Mängeln im Eisenbahnwesen.

Die Entscheidung über den Anschluß der Internationalen Artistenloge an den Gewerkschaftsbund, die sich nach ihren Satzungen auf gewerkschaftlichem Boden bewegt, wurde ausgesetzt. Dem Anschluß des Bundesvorstandes an das Institut für Gewerbehygiene stimmte der Ausschuß zu.

Im **Buchdruckgewerbe** sind neue Teurungszulagen beschlossen worden. Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker war in den Tagen vom 22. bis 28. August versammelt, um über die von beiden Parteien gestellten Anträge zu beschließen. Während die Gehilfen verschiedene Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verlangten, war von den Unternehmern beantragt worden, die Teurungszulagen recht kräftig abzubauen. Davon konnte natürlich keine Rede sein. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Teurungszulagen ab 1. Oktober, und zwar um 6 Mk. pro Woche in den Orten bis zu 5 Prozent Lokalzuschlag, steigend bis 12 Mk. in den Orten mit mehr als 12½ Prozent Lokalzuschlag. Hinsichtlich des verlangten Abbaues wurde beschlossen, daß, wenn sich die Preise für den Lebensunterhalt vor dem 31. März 1920 um mindestens 10 Prozent gegen den Stand von heute gesenkt haben, alsdann neue Verhandlungen stattfinden können. Wenn wegen Arbeitsmangels oder Mangels an Gas, Strom oder Kohlen eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, dann

hat die Firma 25 Prozent des ausgefallenen Arbeitslohns zu vergüten. Außerdem wurde für eine Reihe von Orten der Lokalzuschlag erhöht.

Im Glaser-Verband hat jetzt eine Urabstimmung über den Anschluß an eine andere Organisation stattgefunden. Der Verband zählte im zweiten Quartal 3795 Mitglieder in 65 Zahlstellen. An der Abstimmung beteiligt haben sich 2973 Mitglieder. Von diesen stimmten für den Anschluß an den Bauarbeiter-Verband 123, für den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband 1307, und für das Weiterbestehen des Glaser-Verbandes erklärten sich 1540. Nicht abgestimmt haben 822 Mitglieder. Da das Statut für den Uebertritt in eine andere Organisation Zweidrittelmehrheit vorschreibt, behält der Glaser-Verband nach dieser Abstimmung seine Selbständigkeit.

Der Landarbeiter-Verband teilt in der Septembernummer seines Verbandsorgans mit, daß seine Mitgliederzahl 400 000 beträgt. Im Monat zuvor wurde die Mitgliederzahl mit 350 000 angegeben. Die Entwicklung des Verbandes macht also riesige Fortschritte. Das Erwachen der Landarbeiter, das sich in diesen Zahlen widerspiegelt, ist hoch erfreulich.

Der Tapeziererverband hielt seinen Verbandstag Ende August in Leipzig ab. Auch hier spielte, wie das jetzt auf den gewerkschaftlichen Verbandstagen üblich ist, der politische Meinungsstreit eine große Rolle. Da die Opposition die Mehrheit erlangt hatte, wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Nach dem Bericht, den das Verbandsorgan veröffentlicht, kann aber gerade nicht gesagt werden, daß sich die oppositionellen Elemente mit Ruhm bedeckt hätten. Die von ihnen eingebrachte Resolution, in welcher dem Vorstand, dem Ausschuß und der Generalkommission jedes Vertrauen abgesprochen wird, wurde mit 24 gegen 22 Stimmen angenommen. Ebenso wurde dem Antrage der Berliner Filiale entsprechend beschlossen, den Verbandsvorsitzenden, den Redakteur und den Kassierer nach dem Verbandstage durch Urabstimmung wählen zu lassen. Dieser Antrag wurde dahin erweitert, daß sich die Urwahl auch auf die unbesoldeten Vorstandsmitglieder erstreckt. Es scheint, daß die Opposition von ihrem Siege selbst überrascht war; offenbar hatte sie keine Vorbereitungen getroffen, um ihn auszunutzen. Als es sich darum handelte, Kandidaten für die besoldeten Vorstandsämter zu benennen, wurden von der Opposition drei Mitglieder vorgeschlagen, von denen zwei Angestellte der Filiale Berlin sind. Diese erklärten jedoch, daß sie für die Zentralleitung nicht kandidieren würden. Andererseits erklärten aber auch die seitherigen Stelleninhaber Spliedt, Becker und Engel, die gleichfalls vorgeschlagen wurden, daß sie, belastet mit dem Mißtrauensvotum, es ablehnen müßten, wieder zu kandidieren. In dieser Situation zog die Opposition ihre Mißtrauensresolution gegen den Vorstand, die bereits angenommen war, wieder zurück. Statt des Mißtrauens gegen den Vorstand wurde nun beschlossen, den Vorstand wirksam zu unterstützen. Ein anderer Antrag, der dann angenommen wurde, ersucht den bisherigen Vorstand, die Geschäfte weiterzuführen, „da das Mißtrauen sich nicht auf die Geschäftsführung, sondern nur auf taktische politische Gründe erstreckt". Dieses Ergebnis ist ein recht zweifelhafter Erfolg der Opposition. In Sachen Wels brauchte sie ihren Beschluß allerdings nicht rückgängig zu machen. Wels war früher Tapezierer und hat als altes Verbandsmitglied auch nach seinem Ausscheiden aus dem Beruf der Organisation die Treue bewahrt. Er gehört dem sozialdemokratischen Parteivorstand an und war bei Beginn der Revolution eine Zeitlang Kommandant von Berlin. Aus welchen Gründen der Verbandstag mit 23 gegen 19 Stimmen seinen Ausschluß aus dem Verband beschlossen hat, geht aus dem Bericht nicht hervor. Daß durch diesen Beschluß die Ehre von Wels nicht berührt wird, bedarf keiner Erklärung.

Eine wichtige sachliche Frage, welche den Verbandstag beschäftigte, betraf die Verschmelzung. In Betracht kommt eine solche mit dem Holzarbeiter-Verband oder mit dem Verband der Sattler. Schließlich wurde die Beibehaltung des eigenen Verbandes mit 24 gegen 22 Stimmen beschlossen. Es soll aber demnächst eine Urabstimmung stattfinden, in der zuerst entschieden wird, ob überhaupt eine Verschmelzung stattfinden soll. Im bejahenden Fall wird in einer zweiten Abstimmung entschieden, welcher Verband für die Verschmelzung in Betracht kommt. Im Anschluß an ein Referat über die Rätefrage wurde beschlossen, daß der Verbandsvorstand von der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern zurückzutreten habe.

Eingesandt.

Zur Lage der Drechsler.

Leider läßt der Bericht der Zentralkommission der Drechsler in Nummer 33 der Holzarbeiter-Zeitung erkennen, daß auch heute die Kollegen allen Bemühungen einzelner rühriger Kollegen, unsere Existenz allen anderen Berufen im Holzgewerbe gleichzustellen, mit einer geradezu unheimlichen Gleichgültigkeit gegenüberstehen. War denn die Lage der Drechsler lange Jahre vor dem Kriege nicht tief traurig? Einerseits durch die fast vollständige Ausschaltung in der Möbelindustrie, andererseits durch die fast ausschließliche Erzeugung von Massenartikeln. Aber am meisten waren wohl die Kollegen an ihrer verzweifelten Lage selbst schuld. Wie willenlos ließen sie sich zum größten Teil von großen und kleinen Unternehmern antreiben, in wahnsinniger Hast Schund- und Murksware herzustellen. Ein Arbeiten, bei dem man sich noch als Mensch fühlte, wo man mal aufatmen, sich mal besinnen konnte, kannte man in der meisten Werkstätten überhaupt nicht mehr. Hetze, zerschlagen, abgeschuftet bis zur Teilnahmlosigkeit, das war das Ende des Tages der meisten Kollegen. Heute, bei dem allgemeinen Erwachen der Arbeiterklasse, sollte ein Ruf der Zentralkommission an die Kollegen, mitzuarbeiten, ihre wirtschaftliche Lage zu einer menschenwürdigen zu gestalten, ungehört bleiben? Nein, Kollegen, gerade heute sind uns die Mittel an die Hand gegeben, unsern Beruf zu heben. Mit einigem guten Willen kann jeder Kollege selbst im hintersten Winkel der Organisation zugeführt werden. Zum Beispiel in Süddeutschland sind es die sogenannten Landdrechsler, die Arbeit um jeden Preis machen und zur Stadt fahren und so die Existenz eines jeden anständigen Geschäfts unterwühlen. Mit Hilfe der organisierten Kollegen könnte sicher diesem Kreuterunwesen ein Riegel vorgeschoben werden. Es muß ein Weg gefunden werden, der auch diese Menschen zur Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit zwingt. In eine sehr unangenehme Lage kommt hier fast jeder Kollege bei Forderung von Lohnzulagen. Die allgemeine Redensart der Meister ist: ja, ich zahle gern, aber sorgen Sie dafür, daß da und dort auch gezahlt werden muß. Leider gibt es so viele Kollegen, die nicht den Mut haben, das zu verlangen, was sie bitter notwendig brauchen. Ein Reichstarif wäre nötiger als in allen andern Berufen, um ein Überschwemmen mit Schundware zu verhindern. Ablehnung jeder Akkordarbeit und Schundarbeit muß sich jeder Kollege zur Aufgabe machen. Um die Zentralkommission möglichst arbeitsfähig zu erhalten, müßten in den Gauen Bezirke gebildet werden mit Vertrauensleuten, die in ständiger Fühlung mit der Zentralkommission bleiben.

Gebhard Bendel, Höfen a. d. Enz.

Zur Gummidrechslerbewegung.

Lange hat es gedauert, bis man etwas über die Gummidrechsler hörte. Sang- und klanglos ist die Zentralkommission verschwunden. Es hatte für einen Unbeteiligten den Anschein, als ob alles in der Branche in schönster Ordnung sei. Nun aber lesen wir in Nr. 33 den Bericht der Zentralkommission der Holzdrechsler, die wegen der Interesselosigkeit der Kollegen abdanken will. In Nr. 34 gibt uns Kollege Seidel aus Leipzig einen kleinen Bericht aus Leipzig. Auch ich bin der Meinung, daß es nicht die Zentralkommission allein ist, die alle Schuld an dem Versagen jeglicher Verständigung untereinander trägt, sondern es an der Interesselosigkeit der Kollegen liegt. Denn ich habe als ehemaliger Vorsitzender der Zentralkommission meine Erfahrungen in diesem Punkt sammeln können.

Schon vor dem Krieg sah es in unserm Beruf nicht zum besten aus, und jetzt wird es nicht viel besser sein. Aber auch die Kollegen unserer Branche haben es nötig, fest zusammenzustehen, was um so leichter ist, weil unser Beruf sich nur auf wenige Orte verteilt. Gerade jetzt ist eine außerordentlich wichtige Frage zu lösen, und zwar betrifft es die Mädchenarbeit. Ich bin kein Gegner der Mädchenarbeit, denn man kann sich gegen eine naturnotwendige Entwicklung nicht stemmen, aber unsere Aufgabe muß es sein, darauf zu achten, daß die Mädchenarbeit, und nicht zu vergessen die Arbeit der jugendlichen Arbeiter, nicht ausartet, was tatsächlich schon der Fall sein soll.

Und wie steht es mit den Kollegen in der Füllhalterbranche? Hier handelt es sich doch um eine Kollegenschaft, welche noch nicht von der Organisationszersplitterung berührt werden konnte. Hier müßte es doch ein leichtes sein, zu einer Verständigung in der Entlohnung und der Arbeitsweise zu gelangen. Sind denn die Kollegen in Heidelberg, München, Nürnberg und Bonn so gut versorgt, daß sie sich gegenseitig nicht zu verständigen brauchen? Sind sie sich über die Folgen, die uns durch Einführung der Mädchenarbeit droht, klar? So gibt es verschiedene Fragen, die nur von einer zielbewußten und energischen Zentralkommission gelöst werden können. An eine Verschmelzung der Zentralkommissionen kann, meiner Meinung nach, nicht gedacht werden. Es müssen Wege gefunden werden, um mit den abgeschwenkten Kollegen in Kassel und Berlin in Verbindung zu kommen. Es ist notwendig, möglichst bald eine Konferenz aller Gummidrechsler der chirurgischen und der Füllhalterbranche, einschließlich der im Metallarbeiterverband organisierten Kollegen, einzuberufen, um all die Fragen zum Wohl der Kollegen regeln zu können.

P. Lubetz (Hamburg).

Eine Konferenz der Kistenmacher.

Daß die Einberufung einer Konferenz für Kistenmacher wünschenswert und notwendig ist, beweisen die immer wiederkehrenden Notizen in unsrer Zeitung. Bereits vor dem Kriege bestand die Notwendigkeit einer Zusammenkunft der Kollegen im Reich; denn nicht umsonst hatten sich Gautage sowie der Verbandstag 1914 mit dieser Frage beschäftigt und wurden diesbezügliche Anträge daselbst zur Annahme gebracht. Wir alle wissen aber auch, daß der Vorstand in anerkennenswerter Weise 1914 eine Branchenkonferenz für Kistenmacher einberufen hatte, welche aber durch Ausbruch des Krieges wieder fallengelassen wurde. Um so mehr dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß der Vorstand nunmehr endlich dem berechtigten Verlangen der Kollegen Rechnung tragen wird. Aus all den Berichten seit Friedensschluß, welche von Leipzig, Berlin, Hamburg, Olbernhau und andern Orten erschienen, kann man wohl den Schluß ziehen, daß eine Branchenkonferenz recht viel positive Arbeit für die Kollegen leisten würde, sei es in bezug auf Entlohnung wie in der ganzen Arbeitsweise. Die während der Kriegszeit bei vielen Unternehmern eingebürgerte Methode, mit Vorliebe Frauen und Jugendliche bis zu einem gewissen Grad zu beschäftigen, verdient auch mal ordentlich unter die Lupe genommen zu werden. Als besondere Beratungsgegenstände dürften die Akkordarbeit wie auch die Maschinenarbeit in Frage kommen. Schließlich dürften auch auf dieser Konferenz der Gründung einer Zentralkommission die Wege geebnet werden usw. Eine ganze Menge wichtiger Fragen harren ihrer Lösung, und dürfte eine Konferenz ganz gewiß dazu angetan sein, das wenig beneidenswerte Los der Kollegen in der Kistenbranche wesentlich zu verbessern.

Richard Mehlhose, Gröba-Riesa.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Fachblatt für Holzarbeiter. Das soeben erschienene Septemberheft ist in seinen Abbildungen den in der Schweiz internierten gewesenen Holzarbeitern gewidmet. Max Heidrich, Paderborn, schildert, wie dort die Internierten zu praktischer Berufsarbeit unter gleichzeitiger Ausbildung des Geschmacks angeleitet wurden. Die zahlreichen Abbildungen dort gefertigter Küchen, Wohn- und Schlafzimmer lassen den Erfolg erkennen. Das Heft dürfte manchem Heimgekehrten eine angenehme Erinnerung an die in der gastfreundlichen Schweiz verlebten Zeiten erwecken, während es dem andern lehrreiche Beispiele bietet. Weitere Abhandlungen erörtern das Reißen der Pyramidenfurniere und die Feuchtigkeitsprüfung bei Holz. Eine Konstruktionszeichnung gibt eine besondere Art Ausziehtische wieder, während dem Bautischler eine kritische Betrachtung der besten Form von Kleinhaus-Türen interessieren dürfte.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint monatlich und kostet für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Zahlstellen vierteljährlich 1,80 Mark, direkt oder durch die Post 2,25 Mark.

Das Recht der Uebergangszeit. Ein Führer durch die Verordnungen betreffend den Einstellungszwang für Arbeiter, Angestellte und Schwerbeschädigte, Erwerbslosenfürsorge, Mieterschutz, Schuldnerschutz, Siedlungswesen, Landarbeiterrecht, Tarifverträge und Schlichtungswesen. Von Gerichtsassessor Dr. Georg Flatow, Referent im Reichswirtschaftsamt. Verlag Gesellschaft und Erziehung. Berlin. Preis 2,50 Mk.

Rieder mit den Sozialdemokraten. Von Wilhelm Bracke. Verlag Buchhandlung „Vorwärts", Berlin. Preis 35 Pf.

Diese vor 40 Jahren geschriebene Streitschrift, die nun in neuer Auflage herausgegeben wurde, ist auch heute noch sehr aktuell.

Antisyllabus. Freidenkerische Gedichte von Friedrich Krasser. Verlag Buchhandlung „Vorwärts", Berlin. Preis 75 Pf.

Diese Gedichte Krassers haben trotz oder infolge des auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgten Verbots eine große Verbreitung gefunden. Jetzt sind sie neu herausgegeben.

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin. Preis 50 Pf.

Diese anonym erschienene Schrift übt vom Standpunkt der Unabhängigen Kritik an dem letzten Sozialdemokratischen Parteitag.

Die Krebskrankheiten. Ihre Erkennung und Bekämpfung. Auf Grund wissenschaftlicher Forschung gemeinverständlich dargestellt von Prof. Dr. F. Blumenthal. Mit 18 Abbildungen. Preis 2 Mk. Verlag von Otto Salle in Berlin W. 57.

Arbeitslosigkeit im Monat August 1919.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schluß des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Monat	Zugang i. diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats	Durchreisende am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen haben nicht berichtet
Danzig	68	14483	50	181	231	187	2	38	378	558	65	10	24	30	75	8
Stettin	65	8572	23	51	74	41	—	31	195	388	30	20	49	66	25	2
Breslau	64	17472	96	161	257	131	1	59	898	1694	20	15	37	49	25	5
Berlin	106	45691	2197	2787	4984	1972	1	595	10273	25858	62	31	79	110	50	9
Dresden	54	27228	340	268	608	347	—	162	2336	4913	85	12	25	32	25	5
Leipzig	55	31846	745	698	1443	748	1	332	4334	6616	79	24	75	92	50	3
Erfurt	103	17123	364	136	500	437	3	146	1827	3246	96	20	52	76	50	8
Magdeburg	47	12515	43	328	371	224	1	17	232	351	95	36	91	128	—	1
Hamburg	70	25278	746	1111	1857	789	1	483	6653	15590	07	99	342	338	15	2
Hannover	55	21270	48	231	279	85	—	54	849	1429	20	31	80	111	70	3
Düsseldorf	70	19455	49	28	77	35	1	25	390	753	20	13	44	56	50	5
Frankfurt	56	20964	71	84	155	86	—	42	738	1399	30	21	43	62	75	12
Nürnberg	82	19696	294	207	501	352	1	197	2899	5458	40	20	44	54	25	6
München	52	14341	214	57	271	164	—	111	1338	3020	65	24	60	77	—	7
Stuttgart	95	25321	22	58	80	58	1	37	631	1175	95	30	67	99	50	7
Hauptkasse	—	342	1	2	3	—	—	2	19	25	55	2	6	9	—	—
August 1919	1042	320997	5303	6388	11691	5656	13	2331	33970	72481	44	411	1023	1389	85	83
Juli 1919	1045	312622	5890	5384	11274	5366	6	2614	37652	81301	58	271	707	964	20	61

Von nachstehend verzeichneten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Adl. Hammerstein, Briesen, Czersk, Flammberg, Groß-Schiemann, Hohensalza, Konitz, Treptow — Grevesmühlen, Schwerin i. Mecklb. — Kauern, Posen, Rawitsch, Rücker, Schwersenz — Adlershof, Arnswalde, Belzig, Berlin-Buchholz, Driesen, Kottbus, Schneidemühl, Schwedt, Zielenzig — Bischofswerda, Herrnhut, Mückenberg, Mühlberg a. d. Elbe, Torgau — Borna, Brambach, Elsterberg — Apolda, Bürgel, Kelbra, Lauscha, Schwarza, Stadtilm, Triptis, Zella-Mehlis — Delitzsch — Brunsbüttel, Segeberg — Dalhausen, Rendsburg, Osterode a. Harz — Altena, Recklinghausen, Rheydt, Wanne, Wissen — Babenhausen, Eberbach, Frankenthal, Hehr, Kreuznach, Neustadt, Oberstein, Pirmasens, Trier, Vilbel, Wiesbaden, Wittlich — Eichstätt, Georgensgmünd, Neuhaus, Nordhalben, Straßlstein, Wilhermsdorf — Erding, Füssen, Garmisch, Lauingen, Pfaffenhofen, Plattling, Wörth — Badisch-Rheinfelden, Bermatingen, Gernsbach, Gmünd, Göppingen, Metzingen, Wangen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats 1914	1915	1916	1917	1918	1919		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage 1914	1915	1916	1917	1918	1919
Juli	6766	3146	877	455	435	5366	Juli	3,79	3,70	1,28	0,48	0,17	1,72
August	45350	2833	744	432	510	5656	August	32,99	3,48	1,08	0,51	0,54	1,83

Gestorbene Mitglieder:

Gera, Reuß j. L. Elly Fischer, Korbmacherin, 22 J. — Robert Schmidt, Stimmer, 64 J.
Kaiserslautern. Adam Schmitt, Schreiner, 40 J.
Minden. Fritz Benus, 44 J., durch Unglücksfall.
Münder. Fritz Dettmer, Polierer, 16 J. — August Biallas, Hilfsarbeiter, 46 J.
Potsdam. Friedr. Oppermann, Masch.-Arb., 64 J.
Raschau. Emil Wendler, Korkarbeiter, 50 J.
Riesa. Otto Pohl. — Gustav Pracht.
Schramberg. Friedrich Bitzer, Schreiner, 56 J.
Waldheim. Oswald Hermsdorf, Stuhlbauer, 62 J.

Ehre ihrem Andenken!

H. Beißwenger, Wagner, wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden um Zusendung der Adresse gebeten. Unkosten werden vergütet. Franz Moosmayer, Koblenz, Bahnhofstraße 6.

Anzeigen der Zahlstellen

Halle a. S. Bei der Wahl des 2. Lokalbeamten wurde der Kollege Reinhold Schurig, Halle, gewählt. Den übrigen Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank. Die Anstellungskommission.

Ortsbeamter gesucht. Zur Führung der Geschäfte der Zahlstelle Tilsit des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wird zum möglichst sofortigen Antritt ein Ortsbeamter gesucht. Bewerber, welche seit mindestens 5 Jahren dem Deutschen Holzarbeiter-Verband als Mitglied angehören, agitatorisch und rednerisch befähigt sind, Kenntnisse im Kassenwesen und in der die Arbeiterbewegung betreffenden Gesetzgebung besitzen, wollen sich unter Angabe des Berufs, Alters und ihrer seitherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 27. September bei Heinrich Trinowitz, Tilsit, Dragonerstraße 9c, melden. Gehalt nach den Bestimmungen des Verbandstages.

Geprüfter Tischlermeister, der in allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, sucht Stellung als Werkmeister unter P. O. 462 an die Exp. d. Ztg.

Tischler-Werkmeister mit nachweislich großer Erfahrung in einfachen und allerfeinsten Möbeln, im Zeichnen und Kalkulieren bewandert, befähigt, eine Werkstatt von 15 bis 20 Gesellen selbständig zu leiten, per sofort gesucht. Bewerbungen nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an Richard Behrmann, Möbelfabrik, Laage in Mecklenburg.

Tücht. selbständige **Möbelschreiner** und Holzbildhauer, im feineren Möbelbau erfahren, für dauernd gesucht. Möbelfabrik Roesberg, Köln, Glockengasse 2.

6 Möbel- u. 4 Bautischler, unverheiratete, nicht unter 25 Jahren alt, für meine Werkstätten mit Kraftbetrieb für sofort gesucht. Stundenlohn 1,95 Mk. Rich. Behrmann, Möbelfabrik, Laage in Mecklenburg.

Tücht. Möbeltischler, die nach Zeichn. arb., für dauernd gesucht. Edwin Ochs, Möbelfbr., Mühlhausen i. Thür.

10 bis 20 Möbelschreiner, nur tüchtige, auf furnierte Speise- u. Herrenzimmer bei guter Bezahlung sof. gesucht. S. Balser, Möbelfbr., Prien a. Ch.

Tischlergesellen auf furnierte Arbeiten stellt ein Franz Hennig & Sohn, Dessau, Elisabethstraße 22.

Für dauernd 8—10 tüchtige **Möbeltischler** ges. für furn. Arbeit. Karl Rohne, Tischlermstr., Northeim i. H., Neustadt 6.

Tüchtige **Tischler** für Müllereimaschinenbau zum sof. Antritt gesucht. Angebote mit Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit erbittet A. Wetzig, Eisengießerei, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt, Wittenberg (Bez. Halle a. Saale).

Tischler auf Bau u. Möbel für dauernd gesucht. Otto Schneider, Groß-Wusterwitz, Bez. Magdeburg.

Tischler auf Möbel nach Zeichnung bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung suchen Werkstätten für angewandte Kunst A. Steiniger & Co., K.-G., Hemelingen b. Br.

Mehrere **Tischler** für dauernde Beschäftig. ges. Reisespesen werden vergütet. Holzbearb.-Fabr. E. Voigt, Obernigk b. Bresl.

Suche f. sofort oder später **Tischlergesellen**. Kost und Logis vorhanden. Kurt Schmohl, Tischlerei mit Maschinenbetrieb, Bismark (Altmark).

Tischlergesellen auf furnierte Arbeiten von Möbelfabrik mit Kraftbetrieb gesucht. Tönnies & König, Greifswald.

Suche zum sofort. Eintritt mehrere **Schreiner** für Einfachmöbel. Bei dauernder Arbeit Reisevergütung. Anton Mayr, Holzwfbr., Weilheim (Oberbay.).

Mehrere tücht., auf bessere furnierte Möbel perfekte **Schreiner** sow. ein durchaus selbständiger Furnierer und Beizer gegen hohen Lohn nach Traunstein (Oberbay.) gesucht. Dauernde Arbeit u. angen. Verpflegungsverh. Alois Aicher, Möbelfabrik, Traunstein.

Suche für sofort ein tüchtigen **Bautischler** bei dauernd. Arbeit. Kost und Logis im Hause. H. Stelling, Bauschlosserei, Elpersbüttel bei Meldorf.

2 Tischlergesellen für weiße Möbel sucht Leop. Jahn, Probstzella. Auf Wunsch volle Kost und Logis im Hause.

Stellung sucht **Tischler,** der 10 Jahre im Auslande selbständig gewesen ist, in einfacher Bau- und Möbeltischlerei in einer Stadt mit Tischler-Fachschule. Aug. Perkatsch, Bauerwitz, Kreis Leobschütz (Ober-Schlesien).

Tüchtige **Bau- u. Möbeltischler** sowie einen **Maschinentischler** stellen sofort für dauernd ein Richard Hiller & Co., Tischlermstr., Grunau i. Schl.

Mehrere tüchtige **Tischlergesellen,** Sargbauer u. ein selbst. arb. **Lackierer,** der auf imitierte Metallsärge eingearbeitet ist, stellt sofort ein Paul Romanns, Dampfsägewerke und Holzbearbeitungsfbrk., Mehlsack, Ostpr.

2 bis 3 tüchtige **Tischlergesellen** für furn. Möbel sofort gesucht. Nur erstklassige Leute wollen sich sof. melden. Stundenlohn 1,80 bis 2 Mark. Kost und Logis im Hause. Emil Pommerening, Tischlermstr., Krojanke i. Westpr. (bleibt deutsch).

Mehrere tüchtige **Schreiner** gesucht. Geislinger Möbelfabriken Eckardt & Co., Oetlingen u. Teck (Württbg.).

10 tüchtige Tischlergesellen bei hohen Akkordlöhnen stellen noch ein Meyers Erben, Stavenhagen in Mecklenburg.

5 bis 10 Tischler, möglichst Kameratischler, bei hohem Lohn sof. oder zum 1. 10. gesucht. Hansa Photo-Apparate-Bau G. m. b. H., Magdeburg, Blücherstraße 2.

Einige tüchtige **Tischler** für Büfette und Kredenzen (Akkordarbeit) werden sofort eingestellt. Carl Kuhrmeier, Möbelfabrik, Peine b. Hannover.

6 Möbeltischler auf Eichenmöbel, 1 Beizer und Fertigmacher sucht F. F. Kölln, Elmshorn in Holstein.

Möbelschreiner zur Anfertigung von besseren Eichenmöbeln zu Tariflohn und guter Verpflegung bei billigster Berechnung gesucht. Clem. Kroth, Dampfschrein., Andernach a. Rh.

Tüchtige **Möbeltischler** f. bess. Möbelarbeiten ges. Zeugn. erwünscht. A. Lickroth & Cie., Niedersedlitz bei Dresden.

Mehrere **Bauschreiner** für dauernde Beschäftigung für sof. oder später gesucht. Stundenlohn 2,30 bis 2,40 Mark. Rudolf Rickmeier, Mechanische Schreinerei, Werdohl in Westfalen.

Mehrere unverh. **Schreiner** sowie **Stuhlbauer,** durchaus erfahren im Polieren und Beizen, finden dauernde Stellung. Gute Kost und Logis am Platz. C. M. Paulus, Holzwarenfabrik, Echternacherbrück (Südeifel).

Per sofort werden **4 bis 5 Lehrlinge** z. Ausbild. als Uhrenkastenschreiner gesucht. Außerdem stellen wir 2 bis 3 ausgelernte **Uhrenkastenschreiner** z. Weiterbildung in der Feinschreinerei ein. Gebrüder Junghans A.-G., Uhrenfabriken, Schramberg.

Einige **gute Stuhlbauer** sofort gesucht. Rheinisch-Westf. Holzindustrie G. m. b. H. Bielefeld, Kaiserstr. 61.

2 tüchtige Beizer und Polierer gesucht. C. W. Sonnenberg & Söhne, Möbelfabrik, Peine in Hannover.

Tüchtige **Fertigpolierer** auf Möbel und Pianos stellen dauernd ein Gebr. Riendorf, Luckenwalde.

Für sofort gesucht: **1 tüchtiger Polierer,** 2 Fertigmacher, 2 Schreiner bei gutem Lohn. Angebote erbeten an Arnold Biber, Pforzheim.

Für meine Stockfbr. suche einen tüchtig. **Polierer** sow. einen tüchtigen Fassonierer. C. L. Kayser, Stettin.

Tücht., selbständig arbeitender **Möbelbeizer** mit Zusammensetzen d. Beizen durchaus vertraut, als Vorarbeiter für unsere Abteilung Möbelbau sofort gesucht. Bei guten Leistungen Uebernahme des Meisterpostens. Unverh. bevorzugt. A. Riedinger, Ballonfabrik Augsburg A.-G., Abt. Möbelbau, Augsburg.

Tüchtige erfahrene **Beizer u. Polierer** bei dauernd. Stellung u. gutem Lohn stellen sofort ein Loewen & Schützler, Möbelfabrik, Glatz.

Tüchtiger **Fräser** möglichst für sofort gesucht. Niedersächsische Möbelfabrik Münder a. Deister.

Tücht. Zuschneider, der auch Maschinen mit bedienen kann, gesucht. H. Gröneveld, Möbelfabrik, Grabow i. Mckl.

Perfekten **Maschinenarbeiter,** unverheir., nicht unter 27 Jahren alt, sucht für sofort Richard Behrmann, Möbelfabrik, Laage i. M.

Tücht. **Maschinenarbeiter** wird sofort ges. Meyers Erben, Möbelfabrik, Stavenhagen.

Tüchtige **Maschinenarbeiter** sowie Fräser u. Hobler bei hoh. Lohn gesucht. Berlin-Halberstädter Industriewerke A.-G., Halberstadt, Gröperstr. 21.

Tüchtige **Drechsler** für Tisch-, Bett- u. Schrankfüße gesucht. Gutes Logis im Hause. Wilh. Niemeier, Duingen (Hann.).

Drechsler auf Portierengarnituren ges. Herm. Richling, Burg b. Magdeburg.

Tüchtige **Drechsler** stellt sofort ein Paul Schönherr, Drechslerei mit Kraftbetrieb, Oppeln, Sternstr. 20.

Tücht. selbständiger **Drechsler** bei dauernder Arbeit gesucht. Wilh. Meine, Mech. Drechslerei, Bielefeld, Am Damm 10.

Tüchtige **Drechsler** f. dauernde Beschäftigung zu sofort gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeit des Antritts an Robert Danske, Holz- und Metallwarenfabrik, Gotha, Brückenstraße 17.

Einen tüchtigen Pfeifendrechsler sucht C. L. Kayser, Stettin.

Gesucht von kleinerer Maschinenfabrik des sächsischen Obererzgebirges **tücht. Karosseriemeister,** der auch dem Maschinensaal mit vorstehen kann und in der Akkordbestimmung durchaus sicher ist. Ausführliche Angebote mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und frühesten Eintrittstermins usw. an die Exped. d. Bl. unter R. S. 463.

Schiffszimmerleute gesucht. Swinemünder Motorbootswerft Fred Mahr & Co., Swinemünde.

Bürstenmacher zum Einziehen und Pechen gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Nur Leute mit hohen Leistungen wollen sich melden. C. L. Barthel, Frankfurt a. M.-West.

Ich suche für sofort einen tüchtigen **Bürstenmacher,** der schon auf Bürstenscheiben gearbeitet hat, für dauernd. Stunden-Minimallohn 2,50 Mark. A. Freireich, Solingen.

Tüchtiger Bürstenmacher, im Pechen und Einziehen eingearbeitet, findet Stellung bei Bernhard Müller, Karlsruhe-Mühlburg.

Einige tüchtige Bürstenmacher ges. Hoffmann & Koch, Bremen, Bürenstraße 14.

Tüchtige Bürstenmacher sucht Joh. Suppe, Remscheid, Fachschulstraße.

Kammacher auf Schildpatt-Neuanfertigung und mehrere Schildpatt-Reparateure bei höchst. Lohn f. dauernd gesucht. Walter & Resch, Frankfurt am Main.

Ein durchaus tücht. **Kammacher** a. Hornfrisierkämme sofort gesucht. Ida verw. Seifert, Altenburg, Topfmarkt 5.

Unverheirateter **Facharbeiter für Holzabsätze** gesucht. Holzwerke Stein a. Traun (Bayern).

Einen **Holzarbeiter** für Pantinenhölzerstelle für dauernd ein. F. Herrmann, Nowawes, Turnstraße 2.

Stuhlflechtrohr (Sisapa), 2, 3 u. 4 mm breit, p. kg 28 Mk. liefert Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 51.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen. Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Patent -Broschüre über »Selbst-Anmeldung« gratis von K. Berbig, Hannover, Reitwallstraße 6 A.

Ziehklingen-Hobel tausendfach bewährt, St. 7,75 Mk., 6-St.-Postpaket 45,00 Mk. Schinder: St. 2,75 Mk., Dutzend 24,00 Mk. Bohrw. mit Büchse, nur 6-Stück-Packung, 26,00 Mk., liefert Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 51.

Leim- und Furnieröfen fertigen als Spezialität, Prospekt gratis, Gebr. Oettinger, Freiburg i. B. 1.

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft erteilt gern die Direktion.

Tischler-Fachschule Detmold Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Beschickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher

Tischlerschule Blankenburg (Harz) Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung. Programm frei. Dir. REINEKING

Städtische kunstgewerbliche **Tischlerfachschule Freiberg i. Sa.** mit Lehrwerkstätte. Staatlich unterstützt. 1 bis 2 und mehr Halbjahrskurse. Abteilung für Bau- und Kunstglaser. Beginn Mitte April und Mitte Oktober. — Satzung und weitere Auskunft kostenlos. —

Fachschule Cöthen, Abt. Stellmacher Erstklassige technische und theoretische Lehranstalt. Ausbildung zum Werkmeister, Meister, Techniker, Kastenmacher. Programm frei. Die Direktion.

Bauschule Rastede in Oldenburg. Meister- und Polierkurse. Ausführliches Programm frei!

Fachblatt-Abonnement

An die Zahlstellenverwaltungen richten wir das dringende Ersuchen, den Bedarf an Fachblatt für das 4. Quartal 1919 so bald wie möglich uns mitzuteilen, damit die Lieferung des Oktoberheftes rechtzeitig erfolgen kann.

Die Hefte von Januar bis September dieses Jahres sind nicht mehr vorrätig. Ebenso sind die Jahrgänge 1917 und 1918 vollständig vergriffen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 • Am Köllnischen Park 2.

Bleistifte und Maßstäbe empfiehlt die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 6. September, bis Freitag, 12. September 1919.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	49	—	229	252	46	326	48	—	188	29	—	260	15	—	61	204	—	777	597	46	1841
Bremen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	1	1	—	16	37	—	3	—	6	3	1	2	—	—	2	3	2	22	26	41	32
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	7	5	3	24	34	—	6	4	2	2	4	—	—	1	1	18	15	31	57	63	87
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	6	—	19	51	56	46	12	2	86	3	7	—	4	1	17	26	—	266	102	66	434
Lübeck	4	16	—	3	35	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	4	3	8	56	3
Magdeburg	5	10	—	17	5	—	4	2	—	1	1	—	1	—	—	10	13	—	38	31	—
Stettin	4	1	1	20	33	2	8	4	—	1	3	—	—	—	—	4	9	—	37	50	5
Zusammen	76	33	252	383	216	374	81	13	282	39	16	262	20	2	81	266	43	1099	865	353	2350
Vor. Woche	89	31	323	462	207	444	72	16	300	52	13	282	14	6	91	242	62	1237	871	338	2677

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.